

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle:  
Rieser Tageblatt  
Gemeinl. Nr. 20,  
Verlag Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Verlagsdruckerei:  
Dresden 1580,  
Gieseler  
Rieser Nr. 22.

Nr. 249.

Donnerstag, 24. Oktober 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 22 mm breite, 8 mm hohe Druckzeitung (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Restzeitung 100 Gold-Pfennig, zelttauglich und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Jede Zeile 20 Gold-Pfennig. Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Anzeigensätze gelten nur für den ersten Tag. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der Kampf um Briands Politik.

Wenn Briand selbst den Kampf um seine Politik nicht mehr führt, so führen ihn die anderen. Sein Name ist längst zu einem Symbol geworden, ähnlich wie Stresemanns Name für die deutsche Außenpolitik. Es geht in allen europäischen Staaten längst nicht mehr um die Personen, sondern um die großen Richtlinien, Förderung oder Erschwerung der Verständigung. Das sind die entgegengesetzten Pole. Eigentlich will die ganze Welt die Verständigung, aber da sind noch so viele, die noch nicht an die Möglichkeit glauben. Es ist immer wieder mehr das Richtige, als die Lust am Kriege, die für letzteren die Stimmung in der Welt lebendig erhält. Tragisch, wie Europa um die Wiedergewinnung des Friedens seit Kriegsende kämpft! Tragisch, wie die Politik der großen Staaten nie zusammen stimmen will! Hat sich glücklich in der einen Hauptstadt die Verständigungspolitik durchgesetzt, dann werden ihre Träger in der anderen wieder gestürzt. Jetzt waren wir nahe daran, verständigungsberedete Regierungen in Berlin, London und Paris zusammenwirken zu sehen. Da kommt die Nachricht von Briands Sturz. Gott beschütze mich vor meinen Freunden, könnte auch er beten. Denn es sind tatsächlich die Anhänger seiner Politik, die Radikalen und die Sozialisten, die ihn gestürzt haben. Stresemann tot und Briand gestürzt: was wird jetzt aus den Haager Vereinbarungen? Hier ist es das grauliche Schicksal, dort die nicht minder grausame Dummheit, die im entscheidenden Augenblick den führenden Mann von der Vollendung seines Werkes ausschaltet.

Über vielleicht kommt er wieder? Schließlich ist Briand für Frankreich ebenso unentbehrlich, wie es Stresemann für Deutschland war. Die Lage ist auch ganz ähnlich, haben wir gesehen. Die Verständigungspolitik hat ihre Gegner, aber sie wird mehr als Demagogie als als ernsthafteste politische Gegenmeinung belächelt. In Berlin haben die Deutschnationalen in der Regierung gefesselt und nicht von ihrer Opposition gegen den Dawesplan verwirrt. In Frankreich haben die Nationalisten Briand nach dem Haag gehen lassen. Die europäische Situation enthält Zwangsläufigkeiten, denen sich nur die allerbesten Parteipolitiker verschließen kann. Das ist das beruhigende Moment gegenüber allen Wechseln der internationalen Politik. Ein völliger Bruch mit der Verständigungspolitik ist nirgendwo mehr möglich, in Frankreich so wenig wie in Deutschland. Kommt Briand nicht als Ministerpräsident wieder, so kommt er als Außenminister. Er darf, wie Stresemann, in ein Kabinettsamt so gut wie in ein Ministeramt. Nur das Tempo der Verständigung und einzelne ihrer Methoden werden von dem parteipolitischen Willen betroffen, das den Außenminister gerade umgibt. Leider ist dieses Willen mehr vom Zufall als von der politischen Einsicht bestimmt. Bei Briands Sturz hat wahrlich die politische Einsicht die geringste Rolle gespielt. Er selbst lächelte ironisch, als er ging, und seine Befürworter schauten sich verächtlich untereinander an. Sie hatten das eigentlich selbst nicht gewollt, was da passiert war. Die Radikalen sind immer noch durch den Gegensatz zwischen Herrier und Daladier zerrissen. Die Sozialisten wissen immer noch nicht, ob sie ihrer Partei eine Beteiligung an der Regierungsverantwortung zuzutrauen dürfen. Herr Mandel, der Fanatiker des Nationalismus, freut sich und kann nicht eilig genug mit seiner Freundschaft zum alten Clemenceau kommen. Aber Briand ist ja gar nicht von der Rechten gestürzt worden. Und weder links noch rechts hat man einen Mann, der den Platz Briands voll ausfüllen würde. Weniger, weil Briands politische Größe und Zuverlässigkeit unübertrefflich waren; gerade auch Briand selbst hatte in letzter Zeit wichtiges Ansehen zu begründeten Label gegeben. Die Haager Konferenz brachte anfanglich an ihm zu scheitern. Wo er hat nun einmal die Autorität bedienigen für sich, der seit Jahren in die besonderen Aufgaben seines Ressorts hineingewachsen ist und für den die historische Tradition spricht. Die Welt wußte wenigstens einigermaßen, wie sie mit ihm dran war. Was ein neuer Mann bringen würde, weiß dagegen niemand; er müßte sich erst in Monaten und Jahren durch seine Leistungen der Phantasie der Zeitungsleser der Welt einprägen. Frankreich würde während dieser Ubergangszeit nicht mehr als der bestimmte Faktor wie bisher in den internationalen Berechnungen stehen. Man wird deshalb auch in Paris schwerlich Neigung haben, jetzt plötzlich ganz neue Wege zu beschreiten. Es steht kein zielstarrer Wille hinter denen, die wider Willen Briand stürzten; aber auch nicht hinter denen, ohne deren Willen er gestürzt wurde. Und deshalb wird Briand wiederkommen oder doch mindestens Briands Politik. Und Europa wird weitergehen auf dem Wege der Verständigung, wenn auch immer wieder mit Stößen und Seufzern.

## Hoover über die Abrüstung.

Coultsville (Kentucky). In einer gestern abend hier gehaltenen Rede erklärte Präsident Hoover, eines der größten Ziele seiner Regierungstätigkeit sei der Ausbau der amerikanischen Flotte und Seen zu einem zusammenhängenden Waffensystem. Dieses Programm würde einen Mehraufwand von jährlich 20 Millionen Dollar erfordern, was die Hälfte der Kosten für ein Kriegsschiff bedeuten würde. Wenn Amerika auf Grund der bevorstehenden Weltkonferenz an den jährlichen Ausgaben sparen könnte, so wäre das die schönste Verwirklichung der Schwärme im Hinblick, die sie den lassen.

## Youngplan und Volksbegehren im Sächs. Landtag.

Mit. Dresden, 23. Oktober.

Der Landtag behandelte heute zunächst den Antrag Krubi (Soz.) auf baldige

### Ratifizierung des Youngplans.

Abg. Häsel (Soz.) begründete den Antrag und führte gegen die Rechte gemeldet, u. a. aus, daß die Rechte völlig bedingungslos sei, ihre großen Männer ins Zuchtband befördere und Landesräter in ihren Reihen habe. Es entstand ungeheurer Lärm. Nationalsozialisten und Sozialdemokraten forderten sich gegenseitig auf, endlich mit dem Aufhängen der Vertreter zu beginnen. Präsident Wedel: Wenn Sie sich aufhängen wollen, unterbreche ich die Sitzung. (Stillsitzige Heiterkeit.)

Abg. Dehne (Dem.) begründete eine Anfrage zum gleichen Gegenstand. Er behauptete das Volksbegehren und behauptete, daß die deutschen Unterhändler alles erreicht hätten, was zu erreichen war. Wenn die Anhänger des Volksbegehrens den Youngplan verwürfen, und die Fortdauer des Dawesplans wünschen, bis er zusammenbräche, so seien die im Irrtum, wenn sie glauben, daß dieser Zusammenbruch eine Krisenperiode sein würde. Der Youngplan sei für die ersten Jahre eine Erleichterung. Aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus müsse von der Regierung erwartet werden, daß sie dem Youngplan zustimmt. Der Redner setzte sich dann noch mit dem Volksbegehren auseinander und warnte die Regierung vor Youngplanmaßnahmen gegenüber der Beamtenschaft.

Abg. Dr. Wilhelm (Natl.-Partei) verlas eine Erklärung seiner Partei zum Antrag Krubi und Gehnen über den Protest gegen die Kleinschuld Deutschlands am Weltkrieg.

Abg. Fröhlich (Dnatl.) warf bei Begründung der Anfrage seiner Partei über die Bekämpfung des Volksbegehrens der Regierung vor, daß sie das Volk in Bezug auf das Freiheitsgesetz systematisch irreführe und griff dann die Hinderliche Finanzpolitik an.

Abg. Klinger (Nat.-Soz.) wollte den Antrag seiner Partei auf sofortige Amtsenthebung des Leipziger Polizeipräsidenten Fleißner nicht näher begründen und warf den Sozialdemokraten Bruch der Weimarer Verfassung vor.

Abg. Sieger (Dnatl.) behauptete, die Regierung wolle das Volk über den wahren Charakter des Volksbegehrens nicht aufklären, damit es ununterrichtet bleibe.

Abg. Weyer (Nat.-Soz.) begründete unter ungeheurem Lärm auf den Bänken der Kommunisten die Anfrage seiner Partei wegen der Anfrage des Abg. Dr. Eberle über die Bekämpfung des Volksbegehrens durch die Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst. Abg. Ditz (Komm.) rief dem Redner „Vorbehalten“ zu und wurde zweimal zur Ordnung gerufen.

Hierauf ergriß

### Ministerpräsident Dr. Binger

das Wort zu einer Erklärung, in der es u. a. heißt: Ueber das Ergebnis der Haager Konferenz ist die Sachliche Regierung bisher lediglich durch mündliche Mitteilungen informiert worden. Amtliches Material über das Ergebnis der Konferenz liegt hier zur Zeit noch nicht vor, da mit den Gläubigermächten noch über sehr wichtige Punkte Verhandlungen schweben. Die Regierung muß sich über endgültige Stellungnahme zu dem Youngplan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, an welchem ihr die auf Grund der Haager Konferenz und der gegenwärtigen Verhandlungen ankommenden Geschemwürfe zugegangen sind und sie dazu im Reichsrat Stellung zu nehmen haben wird. Die letzte Entscheidung über den Youngplan könne überhaupt erst getroffen werden, wenn das Ergebnis der zur Zeit arbeitenden Kommissionen vorliegt. Dr. Binger bat, den Weimarer Artikel über die deutsche Zukunftfrage sachlich, unter Abzehrung gegenseitiger Ueberzeugung, anzutragen.

In der Besprechung der Innenminister der Länder über innenpolitische Fragen am 9. Oktober 1929 über das Volksbegehren zwecks Zulassung eines Geschemwertes seien Beschlüsse nicht gefaßt worden. Insbesondere habe der sächsische Innenminister als Vertreter des damals beurlaubten Ministers des Innern Jansen nicht gesehen und nicht geben können, da er für die zur Entscheidung stehenden Fragen nicht allein zuständig war. Die sächsische Regierung halte es nicht für ihre Aufgabe, in den Kampf um das Volksbegehren einzutreten. Die Reichszentrale für Heimatdienst arbeite auf ausdrückliche Bestellung der Reichsregierung. Den Landesregierungen stehe eine unmittelbare Einflusnahme auf die einzelnen Landesabteilungen der Reichszentrale nicht zu. Der Ministerpräsident schloß: Was den Antrag der Wirtschaftspartei wegen der Kleinschuldfrage anbelangt, so weiß ich mich nicht nur mit dem Landtage, sondern mit dem gesamten deutschen Volke darin einig, daß wir den Vorwurf der Kleinschuld Deutschlands am Krieg weit von uns weisen müssen.

### Innenminister Dr. Richter

verlas sodann den Bericht des Leipziger Polizeipräsidenten Fleißner wegen seiner Stellungnahme zum Volksbegehren und erklärte, daß die sächsische Regierung das Begehren Fleißners nicht billigen könne. Wenn es auch richtig sei, daß am 17. Oktober 1929 die amtliche Bekanntmachung der säch-

schen Regierung zu der erwähnten Frage noch nicht vorzulegen habe, so hätte er doch vorher die Stellungnahme des Ministeriums des Innern erbiten müssen, wenn er beabsichtige, die Frage, ob die Teilnahme von Beamten am Volksbegehren mit den Pflichten eines Beamten vereinbar sei, vor den ihm unterstellten Beamten zu behandeln. Jedoch bescheide nach der bisherigen Amtsführung des Polizeipräsidenten Fleißner kein Grund zu der Annahme, daß er in bewußt illoyaler Weise habe handeln wollen. In einem förmlichen Disziplinarverfahren liege daher kein Grund vor. Im übrigen habe Polizeipräsident Fleißner im Tagesbefehl vom 22. Oktober 1929 den ihm unterstellten Beamten die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu der erwähnten Frage amtlich zur Kenntnis gebracht.

Des weiteren erklärte Minister Dr. Richter, daß die Polizei der Presse gegenüber im Kampfe um das Volksbegehren nur sehr beschränkte Rechte habe. Als Grundlage eines Einschreitens der Polizei könne nur der § 23 des Reichspressengesetzes dienen. Wenn der Tatbestand einer strafbaren Handlung erfüllt sei, so seien die Staatsanwaltschaften und die Gerichte zuständig. Wegen die Auswirkungen aufreißender Reden und Schriften habe das Ministerium des Innern entsprechende Maßnahmen angeordnet, so insbesondere die Bereitstellung von stärkeren Polizeikräften zum Schutze von Versammlungen usw. Diese Maßnahmen hätten sich bewährt.

Abg. Diekmann (Dsp.) legte sodann in längerer Rede den aus der Presse bereits bekannten Standpunkt der Deutschen Volkspartei zu dem Youngplan und dem Volksbegehren dar, in der er insbesondere noch darauf hinwies, daß der Youngplan ja noch gar nicht fertig sei, daß vielmehr noch außerordentlich wichtige Verhandlungen schwebten. Seine Partei müsse sich daher zunächst noch eine starke Zurückhaltung auferlegen, die er auch den anderen Parteien empfehlen würde.

Abg. Többer (Soz.) sprach sich entschieden für den Youngplan und gegen das Volksbegehren aus.

Abg. Kemmer (Komm.) wandte sich in erster Linie gegen die Nationalsozialisten.

Abg. Dr. Eberle (Dnatl.) betonte nochmals den Standpunkt seiner Partei zu Youngplan und Volksbegehren.

Abg. Kaiser (Dsp.) unterwarf die Youngplan und Volksbegehren unter dem Gesichtswinkel der wirtschaftlichen Not des Mittelstandes.

Abg. Dr. Fröhlich (Nat.-Soz.) wandte sich temperamentvoll gegen die Verklammerung des deutschen Volkes durch den Youngplan bis zum Jahre 1939. Die Regierung müsse den Beamten die durch die Verfassung gewährleisteten politischen Rechte und Freiheiten unbedingt sicherstellen. Als der Redner sagte, daß auch die Sozialdemokratie die Nationalsozialisten als aktive Kampftruppe notwendig habe, erhob sich großer Lärm und Lachen im ganzen Hause.

Abg. Dr. Böhmer (Volksp.) legte den Youngplan grundsätzlich ab.

Abg. Ditz (Komm.) nannte den Youngplan unbedingt eine Erleichterung und verteidigte in dieser Hinsicht die Politik Stresemanns.

In der Abstimmung wurden alle zu dem Punkt „Youngplan“ gestellten Anträge abgelehnt mit Ausnahme des Antrages Kaiser (Dsp.) betr. Protest gegen die Kleinschuld Deutschlands am Weltkrieg.

### Anerkennung neuer Feiertage.

Im Zusammenhang damit begründete Abg. Sieger (Dnatl.), daß die Regierung auf eine Begründung der Vorlage verzichtete, sofort den Antrag Eberle und Wen. auf einen Gegenvorschlag über die Aufhebung gesetzlicher Feiertage. Er erklärte, daß seine Partei auf die Aufhebung beider Revolutionsfeiertage dringen und dann zur Regierungsvorlage Stellung nehmen werde.

Abg. Edel (Soz.) sprach in langen Ausführungen gegen den Entwurf.

Abg. Siedemann (Komm.) warf zwar den Sozialdemokraten mit ihrem Eintreten für die Revolutionsfeiertage Volksbeitrag vor, war aber trotzdem für die Beibehaltung. Als der Redner unter ungeheurer Heiterkeit des Hauses ein Plakat entfaltete, das 1918 von den Sozialdemokraten zu Propagandazwecken herausgegeben war, entfiel ein solcher Lärm, daß man den hart kreisenden Redner nicht mehr verstand. Abg. Siedemann wurde schließlich wegen einiger unparlamentarischer Ausdrücke zur Ordnung gerufen.

Abg. Dr. Böhmer (Dsp.) beantragte, den Entwurf an den Ausschuss zu verweisen. Der Standpunkt seiner Partei zum 8. November sei bekannt und habe sich nicht geändert.

Abg. v. Klinger (Nat.-Soz.) brachte zum Ausdruck, daß man Gedanktage an die Internationale nicht feiern solle. Also müsse auch der 1. Mai fallen.

Hierauf wurde der Gegenvorschlag und der Antrag Eberle dem Reichsanwalt überwiesen und die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag, 24. Oktober, vormittags 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen vor allem Erwerbslosenfragen.



# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Nachdem wir bereits gestern in unserer Sitzungsbild den Verlauf der fast 8 Stunden währenden öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten gefolgt haben und die gefassten Beschlüsse bekanntgegeben haben, lassen wir heute im Nachhinein das Wesentliche der Aussprache folgen, die bei Erledigung der umfangreichen Tagesordnung einsetzte.

Vor Eintritt in die Beratungen wies Herr Stadtverordneter G. W. H. darauf hin, daß die Tagesordnung unter Punkt 16 und 17 Anträge enthält, die nach dem Ordre nicht von der erforderlichen Anzahl Stadtverordneter eingebracht seien. Die Anträge unter Punkt 16 habe nur ein Stadtverordneter (Bleier) gestellt und die Anträge unter Punkt 17 seien von den beiden Vertretern der Volkrechtspartei eingebracht worden. In beiden Fällen sei also die vorgeschriebene Zahl nicht erreicht. Um künftige Einwendungen vorzubeugen, werde von jetzt ab strikte nach den ordnungsgemäßen Vorschriften verfahren werden. Da die vorliegenden Anträge ausreichende Unterstützung fanden, würden diese in der Dienstagssitzung mitberaten.

Als 1. Punkt der Tagesordnung verlas Herr Stadtverordneter U. die Abrechnung über die Pflasterarbeiten der Bismarckstraße zwischen Rosenplatz und Freilichtplatz, worin eine Uebererschreitung der veranschlagten Kosten in Höhe von 8070,85 RM. verzeichnet ist. Die Gesamtkosten der Arbeit betragen 13170,85 RM. Die errechneten Mehrkosten, die hauptsächlich durch Neupflasterung der beiderseitigen Fußwege entstanden sind, wurden einstimmig nachverwilligt.

Bekanntlich hat die Kreishauptmannschaft das vom Kollegium beschlossene Ortsgeleit über Kuchelshaus und Hirschbühnenverwaltung für die Arbeiter der Stadt Riela unter Bezugnahme auf den Paragraphen, der den städtischen Arbeitern die Anrechnung der Invalidenversicherungsbeiträge bei Zahlung der Ruhestandsbeiträge ausreicht, abgelehnt. Eine darauf vom Rat an die Gemeindefakammer ergangene Beschwerde ist als unbegründet zurückgewiesen worden, so daß sich der Rat genötigt gesehen hat, den betreffenden Absatz des Ortsgeleits zu streichen. — Notgedrungen — wenn auch unter heftigstem Protest der Linken, die in der Ablehnung eine Unrechtmäßigkeit erblickten — genehmigte das Kollegium das Ortsgeleit in der vom Rat abgeänderten Form.

## Zur Ablehnung des Haushaltsplanes.

Bekanntlich hatte zur Ablehnung des Haushaltsplans die Gemeindefakammer folgende Entscheidung gefaßt: „Die Gemeindefakammer ist im Verfahren nach § 34 Absatz 3 der Gemeindeordnung vom Stadtrat zu Riela angezogen worden, weil eine Einigung zwischen den städtischen Körperschaften wegen Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1929/30 nicht zustande gekommen ist. Die Gemeindefakammer hat die Zustimmung der Stadtverordneten zu den bestrittenen Ansätzen des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1929/30 (Stadtbücherei, Kartoffelverbilligung usw.) in der Fassung der Beschlüsse des Stadtrats vom 21. Juni 1929 (die einen Fehlbetrag von 202106 RM. vorsehen) erlöst. — Hinsichtlich des Ansatzes 2 in Abschn. 26 (Schulgeld) hat sie den Antrag abgelehnt. — Die Stadt ist zu beschließen.“

Aus der Begründung zu dieser Entscheidung geht u. a. hervor, daß die Gemeindefakammer hinsichtlich des Schulgeldes für die Oberrealschule zu einer Entscheidung der Meinungsverschiedenheit förmlich nicht in der Lage ist, daß in diesem Falle vielmehr die oberste Schulbehörde anzurufen ist. In diesem Punkte muß deshalb der Haushaltsplan vorläufig offen bleiben. In der Begründung ist weiter ausgeführt, daß, soweit die Gesamtabstimmung der Stadtverordneten in Betracht kommt, es an sich noch nicht möglich ist, in dieser Beziehung eine Entscheidung zu fassen, weil nach den Ausführungen, die hinsichtlich des Ansatzes „Schulgeld“ gemacht worden sind, eine endgültig abschließende Beurteilung des Haushaltsplans noch nicht möglich ist. Die Gemeindefakammer will aber, um von vornherein zu vermeiden, daß die Haushaltsplanverabschiedung länger als unbedingt nötig verzögert wird, zum Ausdruck bringen, daß, nachdem die einzelnen Ansätze im Haushaltsplan zum allergrößten Teile von den Stadtverordneten mit Mehrheit angenommen worden sind, und nunmehr durch die vorliegende Entscheidung auch die Mehrereinstimmung hinsichtlich der Ansätze im Abschn. 29 unter 2 und Abschn. 30 unter 2 erlöst worden ist, die Gesamtabstimmung der Stadtverordneten ohne weiteres erlöst werden könnte, da die für die Ablehnung des gesamten Haushaltsplans vorgebrachten Gründe sachlich den Haushaltsplan in seinem Gesamtaufbau nicht berühren und jedenfalls gegenüber den zwingenden Vorschriften in §§ 15 und 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung nicht durchschlagend können. Der Rat beschließt deshalb, die Frage wegen des Schulgeldes für die Oberrealschule dem Volkshochschulministerium zur Entscheidung vorzulegen und alsdann den Haushaltsplan anderweit der Gemeindefakammer zur Erledigung der Gesamtabstimmung vorzulegen.

Der Kreisaußschuß hat, wie feinerseits von uns mitgeteilt worden ist, den Stadtrat ermächtigt, Ausgaben für die Stadtverwaltung in Höhe bis zu 75 Prozent der im abgelehnten Haushaltsplan vorgesehenen Positionen zu tätigen.

Herr Stadtverordneter G. W. H. verlas das Begründungsschreiben der Gemeindefakammer und betonte anschließend, mit Befriedigung feststellen zu können, daß die Gemeindefakammer entschieden habe, wie es die sozialdemokratische Fraktion vorausgesetzt habe. Es sei nur bedauerlich, daß Absätze aus sozialem und kulturellem Gebiete erlöst seien. Redner wandte sich dagegen, daß man auch in der Öffentlichkeit gern seine Fraktion für die wichtige Finanzlage der Stadt verantwortlich machen wolle, trotzdem daß die katastrophale Finanzlage fast aller Gemeinden nicht Schuld der Gemeindefakammer sei. Es müsse festgestellt werden, daß im Schulaußschuß, in dem die Linke nicht in der Mehrheit sei, der Haushaltsplan der Volkshochschule einstimmig angenommen worden sei. Jedenfalls wende sich die sozialdemokratische Fraktion dagegen, daß Streichungen dort vorgenommen werden, wo die allgemeine Nothlage es verbietet.

Herr Stadtverordneter Tröner (Bürgerl.) entgegnete, daß im Schulaußschuß ausdrücklich von der rechten Seite darauf hingewiesen worden sei, daß sie nur unter der Voraussetzung zustimme, daß die Posten mit dem Gesamt-Haushaltsplan in Einklang zu bringen seien. — Herr Stadtverordneter Tröner ersuchte den Rat, jeder Fraktion eine Abschrift des Entschlusses der Gemeindefakammer zuzustellen.

Nunmehr sprach Herr Stadtverordneter Bleier (Komm.) eine längere Rede, in der er heftige Angriffe gegen den Finanzaußschuß und gegen die Art der Erwerbslosenunterstützung erhob. Daß dabei die Bürgerlichen und besonders auch die Sozialdemokraten nicht zu knapp weg kamen, ist ihm nun einmal ein Bedürfnis.

Herr Stadtverordneter Horn (Soz.) wandte sich zunächst gegen die Meinung des Herrn Stadtverordneters Tröner, die Zustimmung zum Schulhaushaltsplan betreffend, und rechnete dann mit dem kommunistischen Vorredner ab. Er hielt diesem entgegen, wie die Aufstellung der Haushaltspläne in Gemeinden mit kommunistischer Mehrheit ausseht.

Herr Stadtverordneter Schinkel (Bürgerl.) bemerkte, daß bei der Gemeindefakammer wohl so manche Verlegenheitsentscheidungen zustande gekommen sein werden. Er wies auf die von Jahr zu Jahr stetig höheren Defizite hin, gegen die sich die Bürgerlichen immer gemeldet und schließlich vor zwei Jahren den Haushaltsplan erstmalig abgelehnt hätten. Trotzdem werde ihr vorzügliches Verhalten von gegnerischer Seite als leere Demonstration bezeichnet. Die Rechte vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß, wenn zur Deckung der Schulbeiträge immer neue Anleihen erforderlich sind, dies zu nichts Gutem führen könne.

Herr Stadtverordneter G. W. H. verweist auf die allgemeine Wirtschaftslage, die mit all ihren trübenden Erscheinungen die kommunale Politik beeinflusst. Er wandte sich sodann gegen die Ausführungen des Herrn Stadtverordneters Bleier, der vollständig vergesse, daß zwischen Theorie und Praxis ein gewaltiger Unterschied sei.

Nachdem nochmals der kommunistische Sprecher zu Worte gekommen war und ihm durch Herrn Stadtverordneter Tröner (Soz.) entgegen worden war, bemächtigte sich Herr Stadtverordneter Fischer (Volkrechtspartei) seinem Herzen Luft zu machen dadurch, daß er in persönlichen Angriffen gegen das Konsumvereinswesen und die sozialdemokratischen Ziele vorging und das weitere verlor, zur Sparsamkeit anzuregen.

Nach weiterem unwesentlichen Wortauswechsel hatte sich die Aussprache endlich erschöpft. — Das Kollegium beschloß, von der Entscheidung der Gemeindefakammer Kenntnis genommen zu haben.

## Vollzeiterordnung, betr. die Einrichtung der Arbeitsräume in Fleischerereien.

Der Entwurf obenbenannter Vollzeiterordnung, in welcher Vorschriften des Herrn Stadtveterinär Dr. Tögel, Riela, zusammengefaßt sind, fand die einstimmige Genehmigung des Kollegiums. Nach der Verordnung müssen den in ihr enthaltenen Paragraphen alle Arbeitsräume in Fleischerereien, die nach dem Inkrafttreten dieser Vollzeiterordnung erbaut, umgebaut oder neuingerichtet werden, entsprechen. Pölserräume, Räucherfakammern, Aufbewahrungs- und Kühlräume gelten nicht als Arbeitsräume im Sinne dieser Verordnung.

Herr Stadtverordneter Fischer regte an, im Interesse der Lebensmittelgeschäftsinhaber, die Kontrollbeamten anzuweisen, nicht in Uniform die Geschäfte in Ausübung ihres Dienstes besuchen zu lassen und darauf zu achten, die Kontrollen nicht in Stunden des stärksten Verkehrs ausüben zu lassen.

Sowohl Herr Stadtverordneter G. W. H. als auch Herr Stadtverordneter Schinkel sprachen gegen den ersten Punkt der Anregung, da ja, wie Herr G. W. H. bemerkte, die Kontrolle auch im Interesse des Publikums erfolge.

Es wurde sodann die Verordnung einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 14, den

## Ankauf des Grundstückes 298 für Gräber

betreffend, sei berichtigend nachgetragen, daß die Bürgerliche Fraktion den Ankauf abgelehnt hat, da keine Deckung vorhanden und zurzeit eine Notwendigkeit nicht vorliege. — Trotzdem wurde dem Ratsbeschlusse mit Stimmenmehrheit beigetreten.

## Die Aufstellung des Geländes am Heimatmuseum betr.

Das an der Felsenauerstraße zwischen Heimweg und Heimatmuseum noch unbebaute Gelände ist in Bauplänen aufgeteilt worden. Auf diesem Gelände sollen zunächst 4, später noch 2 Reichsheimstätten für kinderreiche Familien errichtet werden. Der hierzu aufgestellte Finanzierungsplan findet die Zustimmung des Kollegiums.

## Kommunistische Anträge.

Herr Stadtverordneter Bleier hatte die Anträge eingebracht, deren ersterer bauliche Änderungen in den Grundrissen der ehemaligen Gäßler Biegelei fordert. Der Antrag wurde von dem Antragsteller eingehend begründet und die dringende notwendige Hilfe beklundet. — Es entspann sich eine längere Aussprache, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß es bei dem Zustande der Häuser kaum einen Zweck habe, große Summen zu verbauen; man müsse schließlich darauf aufkommen, die dortigen Wohnungen als Wohnwohnungen auszubauen. — Der Antrag Bleier wurde abgelehnt, hiergegen ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion, daß das Bauamt prüfen soll, ob es sich lohnt, die in Frage stehenden Wohnungen angemessen auszubauen oder ob sie als Wohnwohnungen zu verwenden sind, angenommen. Nach dem Ergebnis der Prüfung sollen die Mittel im nächsten Haushaltsplan ausgemessen werden.

Im 2. Antrag wird bekanntlich die Aufstellung freier Schwefelwerke im Stadtkrankenhaus gefordert. Auch diesen Antrag begründete der Antragsteller natürlich von seinem Gesichtspunkte aus, womit er aber erfreulicherweise zunächst wenig Glück hatte. Er mußte sich bescheiden lassen, daß sich eine bestens bewährte Einrichtung denn doch nicht mit einem Federkissen belassen läßt, wenn man vorurteilsfrei handelt. Der Antragsteller fordert, daß der Vertrag mit dem Fehldorfer Mutterhaus, durch dessen Vermittlung die Schwefelwerke angefaßt worden sind, einfach gekündigt wird und künftige freie Schwefelwerke anzustellen sind. Er wies auf die Gesundheitsfrage der bisherigen Schwefelwerke hin, die, weil sie dem Mutterhaus angehören, nicht in den Genuß ihres vollen Gehaltes kämen, usw.

Herr Stadtverordneter Willkomm (Soz.) wandte sich entschieden gegen Bleiers Idee, die doch nicht von heute auf morgen verwirklicht werden könne. Vor allem müsse die Angelegenheit sorgfältig geprüft werden, und da sei es zunächst unerlässlich, daß sich erst einmal der zuständige Ausschuß mit der Frage beschäftige und daß die Organisation, das sei der Staats- und Gemeindefakamernverband, mit Anträgen komme. Es komme aber auch darauf an, daß man zuverlässiges Personal habe und da haben sich die bisherigen Schwefelwerke bestens bewährt. (Herr Stadtverordneter Schinkel) bemerkte, daß man die letzteren Ausführungen als eine Herabwürdigung der freien Schwefelwerke bezeichnen müsse.)

Herr Stadtverordneter Tröner (Bürgerl.) empfahl, die bewährte, segensreiche Einrichtung beizubehalten. Die Rechte lehnte den Antrag Bleier ganz entschieden ab.

Herr Stadtverordneter Diekmann (Soz.) begehrte eine plötzliche Änderung, wie sie der Antrag verlange, ein Verbrechen an den Kranken. Es müsse zudem erst geprüft werden, ob es überhaupt ermöglicht werden könne, ein ganzes Krankenhaus mit freien Schwefelwerken zu besetzen.

Sodann ergriff Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider das Wort. Er wies darauf hin, daß der Vertrag mit dem Diakonereien seit 1. Juli 1902 besteht; er habe sich durchaus bewährt. Es würden nur gut vorgebildete Schwefelwerke und zwar für alle Abteilungen, angeworben. Der Verein habe viele Leistungen übernommen, wofür er natürlich einen Teil des Verdienstes der Schwefelwerke für sich in Anspruch nehmen müsse. Es komme aber doch hauptsächlich darauf an, daß die Kranken auf ihre Kosten kommen,

und das sei jederzeit der Fall gewesen. Er müsse anerkennen, daß sich die Schwefelwerke mit ganz besonderer Euphorie und Aufopferung der Kranken angenommen haben, weshalb er warne, übereilt zu handeln und zu erwägen, was im Interesse der Kranken nötig ist und erst zu prüfen, ob das andere System besser ist. Herr Oberbürgermeister bat, wenn die Angelegenheit behandelt werde, recht sorgfältig zu handeln.

Auch Herr Stadtverordneter G. W. H. erkannte an, daß die Versorgung der Kranken im Krankenhaus einwandfrei sei. Eine Änderung durchgeführte werde, müsse man die Gewähr haben, ob die Neueinrichtung genau so wie die bisherige, wenn nicht besser sei. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein werde, werde im Sinne seiner Fraktion beschlossen werden. Er unterlasse den Antrag, zu prüfen, ob genügend qualifizierter Ersatz vorhanden ist.

Der Antrag Bleier wurde nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Stadtverordneters Adler (Bürgerl.) gegen die beiden kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Der 3. Antrag Bleier fordert die Rückzahlung der städtischen Bürgschaft für die Gasmotorenwerke. In der Begründung wies der Antragsteller auf die leistungsgelassenen Verpfändungen hin. Alles sei systematisch wieder abgebaut worden. Er gab einige Beispiele über das Verschulden der Verwaltung bekannt und bemerkte, daß man nach den gemachten Erfahrungen dem Unternehmen die Gemeinnützigkeit absprechen müsse. Man könne es nicht veranworten, die Gesellschaft noch weiter mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.

Herr Stadtverordneter Schinkel (Soz.) wandte hingegen die Ansicht, daß die Gemeinnützigkeit der Gasmotorenwerke nicht bestritten werden könne.

Herr Stadtverordneter Tröner erklärte, daß die Bürgerliche Fraktion bereits am 27. August eine Anfrage an den Rat gerichtet habe, ob die Sicherheit gewährleistet sei, eine Antwort sei aber noch nicht erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider verlas ein diesbezügliches Schreiben des Rates an die Verwaltung der Gasmotorenwerke und zwei später eingegangene Antwortschreiben. Es sei beabsichtigt, in nächster Zeit die Bücher der Verwaltung durch den Verbandsvorstand prüfen zu lassen. Herr Oberbürgermeister versicherte, er habe im Ausschusse keine Beobachtungen machen können, daß eine Gefahr für die Stadt vorliege und auch in Zukunft kaum zu erwarten bestehe. Die Stadt habe für 35 000 RM. die Bürgschaft übernommen, die durch Warenbestände im Werte von 20 000 RM. und durch einzuziehende Forderungen gesichert seien. Die Verwaltung werde streng kaufmännisch betreiben und vom Ausschusse peinlich überwachet. Es liege kein Anlaß vor, der Sache zu misstrauen. Nach erfolgter Nachprüfung werde dem Kollegium Bericht erstattet werden. Redner bat, den Antrag Bleier abzulehnen.

Herr Stadtverordneter Schinkel erklärte, daß die Rechte dem Antrage zustimmen werde, weil sie schon früher kein Interesse an der Sache hatte. Die Sicherung könne nicht für gegeben betrachtet werden.

Herr Stadtverordneter Horn konnte die Meinung der Rechten nicht teilen. Er beantragte namens der sozialdemokratischen Fraktion, die Angelegenheit zwecks Prüfung der Unterlagen an den Finanzausschuß zu verweisen, und zwar im Interesse der beteiligten Einwohner.

Mit dieser Zwischenlösung erklärte sich Herr Stadtverordneter Tröner einverstanden.

Es sprachen zur Sache noch kurz die Herren Stadtverordneter Fischer, Billing, Bleier, Boland und Frau Berger.

Schließlich wurde der Antrag Bleier abgelehnt. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde gegen 8 Stimmen angenommen, und zwar gegen die Stimmen der Herren Stadtverordneter Adler, Bleier und Böls.

## Teilbebauungspläne betr.

Auf Grund des im Vorjahre veranstalteten Ideenwettbewerbs zur Erlangung eines Teilbebauungsplanes für das Gelände am Bahnhof war in der Zwischenzeit vom Rat auf Vorschlag der Bebauungsplan-Kommission beschlossen worden, die Weiterbearbeitung des fraglichen Teilbebauungsplanes denjenigen Herren gemeinsam mit dem Stadtbauamt zu übertragen, die damals den Entwurf „Eibisch“ — 8. Preis — geliefert hatten.

Der daraufhin zustandegekommene Teilbebauungsplan-Entwurf hatte zu Vorberäthungen mit der Kreishauptmannschaft Dresden Anlaß gegeben. Hierbei war von der Kreishauptmannschaft zum Ausdruck gebracht worden, daß die Aufstellung des gesamten Teilbebauungsplanes für das zwischen Röhderstraße und Bahnhöfer gelegene Areal wegen noch mit der Reichsbahnverwaltung zu klärenden Fragen wahrscheinlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde, für das zwischen Röhder-, Bismarck-, Woltke- und Bahnhöferstraße gelegene Areal einen besonderen Teilbebauungsplan aufzustellen, damit wenigstens dieses Gelände alsbald bauplanmäßig aufgeschlossen werden könne. Der Rat hatte daraufhin auf Vorschlag der Bebauungsplan-Kommission beschlossen, diesen besonderen Teilbebauungsplan, und zwar für das von dem Hofenplatz, der Bismarck-, Woltke- und Bahnhöferstraße umgrenzte Gebiet unter Beachtung des von den gen. Entwurfsgründern gemeinsam mit dem Stadtbauamt gelieferten Entwurfs auszuführen.

Dieser aufgestellte Teilbebauungsplan ist dem beauftragten Bauvorrichtigen war nun dem Stadtverordneten-Kollegium zur Entschliebung wegen der Annahme zugegangen. Außerdem war vom Rat noch beschlossen worden, auch den weiter noch erforderlich werdenden Teilbebauungsplan für das zwischen Woltkestraße und Bahnhöfer gelegene Gelände weiter bearbeiten zu lassen.

Es folgte einstimmiger Beschluß im Sinne der Vorlage.

## Vertikales und Sächsisches.

Riela, den 24. Oktober 1929.

Wettervorbericht für den 25. Oktober. Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte zu Dresden. Beschleunigt stark bewölkt, zeitweise niederschlagsartig, im Hochlande im späteren Verlauf geringer, im Gebirge etwas stärkerer Temperaturrückgang. Besonders in den höheren Lagen an Stärke zunehmende Winde aus westlichen Richtungen.

Daten für den 25. Oktober 1929. Sonnenaufgang 6.40 Uhr. Sonnenuntergang 16.47 Uhr. Monatsaufgang 22.30 Uhr. Monatsuntergang 14.35 Uhr.

25. Oktober:  
1825: Der Komponist Johann Strauss (Sohn) in Wien geb. (gest. 1899).  
1838: Der Komponist George Bizet in Paris geb. (gest. 1875).

Aus dem Konsulatsdienst. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und des Reichsjustizministeriums ist der zum Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Leipzig ernannte Gerald W. Perkins in der erwähnten Eigenschaft anerkannt und zugelassen worden.











**Preussischer Landtag.**  
**Abstimmungen**

**Über die deutschnationalen Voträge**

zum Young-Plan, zur Stellung der Beamten zum Volksbegehren, zum Wahlheimverbot, auf Minderberufung des Oberbürgermeisters Vöhl und über den Vertrauensantrag gegen das Staatsministerium.

Der deutschnationalen Voträge gab Vda. Kasper (Komm.) eine Erklärung ab, wonach die kommunistische Fraktion bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag gegen das Staatsministerium der Stimme enthalten werde, da sie gegen diese Regierung den schärfsten Kampf führe, aber nicht den Antragsteller, die Klassenfeinde des Proletariats seien, Vorwürfe machen wolle.

Vda. Vork (Dnat.) gab den Antrag auf sofortige Minderberufung des Berliner Oberbürgermeisters Vöhl aus Amerika zurück, da der Oberbürgermeister sich bereits am Donnerstag nach Europa einschiffte.

Der deutschnationalen Antrag, der das Staatsministerium ersucht, im Reichsrat gegen den Young-Plan zu stimmen, wurde in einfacher Abstimmung mit großer Mehrheit gegen die Antragsteller, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei und Deutsche Fraktion abgelehnt.

Au dem weiteren Antrag, wonach die Beamten beschäftigt sein sollten, sich für das Volksbegehren einzusetzen, beantragten die Vda. Vork (Dnat.) und Dr. Neumann (Dnp.) Auszubehaltung, Vda. Schwend (Komm.) aber sofortige namentliche Abstimmung. Nachdem auch der Vda. Vork (Dnat.) sich für die sofortige Abstimmung ausgesprochen hatte, wurde diese vorgenommen.

Der Antrag verfiel mit 241 Stimmen der Regierungspartei und Deutschen Volkspartei gegen 180 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Deutschen Fraktion der Ablehnung.

**Wirth gegen das Volksbegehren.**

Heidelberg. (Telun.) Reichsminister Dr. Wirth sprach am Mittwoch abend in der Stadthalle in Heidelberg gegen das Volksbegehren. Er führte dabei u. a. aus: Wie man es auch betrachten mag, außen- und innenpolitisch, das Volksbegehren sei in dieser Unangenehmheit der Youngplan-Entwicklung eine Sinnlosigkeit. Vom Standpunkt des konservativen Menschen aus, müsse der Staatsautorität und der verantwortlichen Regierung jederzeit freie Hand gegeben werden. Das Volksbegehren aber schaffe, wenn es gelänge, Bindungen, die gerade für einen wirklich konservativen Menschen unerträglich sind. Niemand könne die Verantwortlichkeit übernehmen, die Gesundheitskrise herbeizuführen, von der Jugenberg in Bezug auf den Dawesplan spreche. Die politische Methode Jugenbergs werde zur Parteikatastrophe für die Deutschnationalen. Die Deutung, die eine gewisse Gruppe der Deutschnationalen der Kampfbrosche gegeben habe, sei völlig abwegig und irreführend. Dr. Kaas habe lediglich die gegenwärtige außen- und innenpolitische Lage analysiert. Er habe Tatsachen festgestellt, darunter solche, die für die Deutschnationalen höchst schmerzhaft seien. Herr Dr. Kaas sei auch nicht an der Tatsache vorbeigegangen, daß die christlich-konservativen Elemente bei den Deutschnationalen zur Zeit ohnmächtig seien und sich aus dem lebendigen Strom des Geschehens ausgeschlossen hätten. Das sei nicht ein Hint mit dem Jauchepfeil nach der Reaktion gewesen. Dr. Kaas habe vielmehr mit höchstem Bedauern auf dieses Selbstauslöschen christlich-nationaler Elemente hingewiesen. Es sei eine Umkehrung der von Kaas behaupteten Tatsachen, wenn man darauf auf eine Umkehrung des Zentrums und seiner Politik schließen wolle. Jeder Deutsche habe das Recht und die Pflicht, den Youngplan zu kritisieren und seine Schwierigkeiten ins helle Licht des Tages zu rufen. Von irgend einer Begeisterung für den Youngplan könne gar keine Rede sein. Er bedeute vielmehr eine schwere Last und werde immer als Rücken empfunden werden. Aber die Kritik am Youngplan enthebe uns nicht der Pflicht, ihn gegen den Dawesplan abzumengen. Auch die Verantwortlichkeit des Volksbegehrens lägen um die Pflicht nicht herum zu sagen, wie sie sich die Ueberwindung der sogenannten Dawestrife vorstellen. Der Ausgang des hiesigen Widerstandes im Ruhrkampf sollte jedem Deutschen Bedenken geben haben, inwiefern ein Durchhalten bei einer wirtschaftlichen und politischen Krise möglich sei. Es müsse auch gesagt werden, daß die Arbeiten der Haager Konferenz noch nicht zu Ende sind. Das Ergebnis der Verhandlungen in den Kommissionen werde für unsere Entscheidungen von großer Bedeutung sein. Niemand wisse, was kommt. Da sei es aus der großen politischen Tradition des Zentrums heraus eine Selbstverständlichkeit, daß die Partei sich die letzte Entscheidung vorbehalten habe. Sie werde sie nicht allein zu fällen haben, sondern zusammen mit anderen Gruppen eine Koalition. Die Zentrumspartei habe durch den Prälaten Kaas allen, die guten Willens sind, aufgefordert, durch Selbstkritik und objektive Kritik beim Ablauf der Dinge sich auf die große Entscheidung vorzubereiten. Die Jugenbergische Politik lasse die Entscheidung nicht heranziehen. Sie nehme sie gleichfalls dogmatisch vorweg und ende damit in der Backgasse, aus der es keinen Ausweg mehr gebe.

**Reichsbahn und Volksbegehren.**

Berlin. (Tel.) Der demokratische Zeitungsdienst teilt mit: Nachdem der Reichsinnenminister Sebering den Reichsbeamten angekündigt hat, daß sie sich gegebenenfalls diskriminieren lassen könnten, wenn sie das Volksbegehren unterschreiben und dafür agitieren, hat sich der Vorsitzende des Hauptbeamtenrats der Reichsbahn, Reichsbahnbeamtenrat, an die Hauptverwaltung gewandt mit der Frage, ob auch die Reichsbahnangehörigen der Auffassung des Reichsinnenministers beizutreten und Reichsbahnbeamten diskriminieren zur Verantwortung ziehen werde. Die Reichsbahnangehörigen hat daraufhin mitgeteilt, daß sie ein unpolitisches Institut darstelle, das mit dem Volksbegehren nichts zu tun habe und folglich die Reichsbahnbeamten eine Diskriminierung nicht zu erwarten hätten, wenn sie für das Volksbegehren eintreten.

Die die Telegraphenunion von reichsbahnamtlicher Seite hierzu erläßt, trifft der letzte Satz der vorstehenden Mitteilung nicht zu und die Folgerungen, die der demokratische Zeitungsdienst zog, entziehen jeder Grundlage. Die Reichsbahnangehörigen sei absolut unpolitisch und habe weder für noch gegen die Angelegenheit Stellung genommen.

**Beschluß des Staatsgerichtshofs zum Volksbegehren.**

Leipzig, 23. Oktober. Der Staatsgerichtshof hat in Sachen Volksbegehren folgenden Satz nach 4 Uhr nachmittags vom Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bunte verkündeten Beschluß gefaßt: Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen.

**Die Begründung des Urteils.**

Das Urteil wurde durch den Vorsitzenden wie folgt begründet:

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat in seiner bisherigen Praxis gegenüber den Anträgen auf Erlass von einstweiligen Verfügungen große Zurückhaltung geübt. Er hat bisher erst zwei solcher Verfügungen erlassen, die eine in einer nicht primärrechtlichen Streitigkeit zwischen zwei Ländern, die andere in einer gleichartigen Streitigkeit zwischen dem Reich und mehreren Ländern. In einer Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes, wie sie nach der Auffassung der Antragstellerin ihrem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zugrunde liegt, ist eine solche vorläufige Anordnung überhaupt noch nicht getroffen worden. Es kann indessen dahingestellt bleiben, ob Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes überhaupt Raum für eine einstweilige Verfügung bieten. Im vorliegenden Falle wird ihr Erlass deshalb ausgeschlossen, weil ihre Befreiung auf die Regelung eines einstweiligen Inlandes unzulässig ist. Sie würde hier nicht nur eine Entscheidung über die Hauptsache enthalten. Es seiht das eine Vergleichung des in der Klageschrift enthaltenen Hauptantrages mit den Anträgen, die die Antragstellerin in dem Verfahren über die einstweilige Verfügung gestellt hat. Die verschiedenen Forderungen, die sie ihnen gegeben hat, laufen immer darauf hinaus, daß die Teilnahme der preussischen Beamten an dem Volksbegehren zum Freiheitsacten für nicht dienlich erklärt werden soll. Denn nur, wenn das der Fall ist, kann eine Verfassungswidrigkeit der Kundgebungen des preussischen Ministerpräsidenten und des preussischen Staatsministers, deren einstweilige Unterlassung begehrt wird, in Frage kommen. Die Befreiung der preussischen Beamten, ohne Rücksicht auf ihre Beamtenstellung sich in die Einwirkung des Volksbegehrens einzulassen und später an der Volksabstimmung teilzunehmen, ist aber gerade Gegenstand des Hauptantrages, bildet den eigentlichen Streitpunkt der Parteien.

Es würde deshalb eine Verkürzung der Rechte des Antragstellers bedeuten, wenn schon jetzt in dem Verfahren über die einstweilige Verfügung, die nicht mit den vollen Rechtsgarantien des Gesetzes über den Staatsgerichtshof und der dazu erlassenen Geschäftsordnung unvereinbar ist, der sachliche Streit entschieden werden würde. Der Antragsteller kann verlangen, daß ihm Gelegenheit gegeben wird, die Einwendungen, die er der Klagebegründung gegenüber geltend machen will, dem Staatsgerichtshof ausführlich darzulegen.

Der Streit über die Tragweite der Verfassungsartikel, die den Beamten die Freiheit ihrer politischen Meinung und ihre Meinungsäußerung gewährleisten, kann also jetzt noch nicht entschieden werden. Damit erweist es sich aber auch als unzulässig, die beantragte einstweilige Verfügung, deren Zulässigkeit sachlich von der Entscheidung dieser Streitfrage abhängt, zu erlassen. Sie auf eine bloße vorläufige Prüfung der geltend gemachten Streitfrage zu stützen, würde weder der Stellung des Staatsgerichtshofs angemessen sein, noch auch den Belangen der Antragstellerin genügen. Denn somit würde an der von ihr beklagten Verwirrung in der Beamtenstellung, deren Abklärung sie von der einstweiligen Verfügung erhofft, nichts geändert werden. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung muß demnach abgelehnt werden.

Der Staatsgerichtshof erklärte im Namen des preussischen Ministerpräsidenten Braun auf die Frage, was Braun unter Beteiligung der Beamten am Volksbegehren gemeint habe, Ministerialdirektor Dr. Babi, daß der Ministerpräsident eine authentische Interpretation seiner im Landtag abgegebenen Regierungserklärung nicht für nötig halte, umso weniger, als es sich heute nur um die einstweilige Verfügung handeln könne. Wenn die Antragsteller sich näher informieren wollten, hätten sie es in den Sitzungen des preussischen Landtags tun können; außerhalb des Landtags, auf Umwegen über den Staatsgerichtshof, sehe der Minister keinen Anlaß, den Antragstellern auf diesem Wege zu folgen. Falls aber wider Erwarten der Gerichtshof die Beantwortung der Frage nach für zweckmäßig halten sollte, so rege der Ministerpräsident an, dafür Sorge zu tragen, daß auf formellen schriftlichen Wege eine Beantwortung der Frage eingeholt werde. Dr. Babi wies weiter noch einmal darauf hin, daß der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung schon wegen Nichtwahrung der 14tägigen Frist abzulehnen sei. Für eine Entscheidung nach Artikel 19 der Reichsverfassung sei keine Grundlage gegeben. Durch eine einstweilige Verfügung würde ein Präzedenzfall geschaffen werden, der unheilvolle Wirkungen auslösen und zu einer Erschütterung aller verfassungsrechtlichen Grundlagen führen könnte. Eine einstweilige Verfügung des Staatsgerichtshofs würde eine Vorwegnahme der verfassungsmäßigen Kontrolltätigkeit des preussischen Landtags bedeuten, wozu der Landtag das Mittel des Vertrauensvotums und der Ministerverantwortlichkeit habe. Eine einstweilige Verfügung würde auch den Disziplinargerichten vorgezogen. Infolgedessen würden dann alle Regierungsfunktionen gemittelt werden unter der obersten Zensur des Staatsgerichtshofs stehen.

Auch könnte es vorkommen, daß der Staatsgerichtshof die Handlungsweise eines Ministers für verfassungsmäßig erkläre, während das Parlament sein Mißtrauen ausdrücke. Die sollte ein Urteil vollstreckt werden, bei dem sich ein Minister in Uebereinstimmung mit dem Staatsgerichtshof, aber im Gegensatz zum Parlament befindet? Nochmal betonte Dr. Babi, daß der § 4 des Volksbegehrens nur den Zweck einer Brandmarkung der gegenwärtigen Minister haben könne.

Der Vertreter der Antragsteller, Dr. Seelmann-Eggebert sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Vertreter der preussischen Regierung eine klare Antwort darüber ablehne, was verboten sein solle. Der § 4 bedeute eine Stärkung unserer politischen Stellung nach außen. Es sei weder absurd noch eine Beschimpfung, wenn man in Zukunft ein Verhalten, wie es das Volksbegehren bezeichne, als Vandalensprache kennzeichnen wolle. Lausche bleibe immer, daß es sich um ein Gesetz für die Zukunft handle. Der Beamte, der vor einem ausgelassenen Volksbegehren stehe, müsse sich immer sagen, daß er seine Stimme mit gutem Recht abgeben könne.

Gegen 4 Uhr nachmittags wurde das Urteil des Staatsgerichtshofs verkündet, daß der Antrag der deutschnationalen Fraktion des preussischen Landtags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung abgelehnt wurde.

**Ein neuer Aufruf des Reichsausschusses für das Volksbegehren.**

Berlin. (Tel.) Der Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren erläßt unter der Überschrift „Run erft recht“ folgenden Aufruf: „Das Volksbegehren ist im vollen Gange. Die zur Ausführung der öffentlichen Meinung von der Regierungspresse verbreiteten Eintragslisten sind vorzuführen, da sie die Ergebnisse des freien Volkes verschweigen. Der gegen die Einzeichnung gerichtete Terror von Reichsregierung und Reichsbehörden hat gezeigt, daß Deutschland zur Zeit kein Rechtsstaat ist. Die Vorschriften der Reichsverfassung über die Wahlfreiheit sind praktisch außer Kraft gesetzt. Den Beamten sucht man die Einzeichnung zum Volksbegehren zu verbieten. Die Anhänger des Volksbegehrens versucht man wirtschaftlich zu schädigen, die Nachmittels des Staates und das Geld der Steuerzahler werden mißbraucht, der nackte Machtwille des Klerikalismus ist entlarvt. Man hat sich nicht scheut, die Verlon des Herrn Reichspräsidenten entgegen seiner klar ausgesprochenen Willensmeinung in den Kampf hineinzuziehen. Der Erlass einer einstweiligen Verfügung des Staatsgerichtshofs gegen die fortgesetzte Nichtachtung der Reichsverfassung durch Reichsregierung und preussische Staatsregierung wurde aus formalrechtlichen Gründen verlagert. Die preussische Regierung hat nicht den Mut, sich der rechtlichen Entscheidung zu stellen und verdeckt sich hinter die Möglichkeit einer 14tägigen Frist des Staatsgerichtshofs.“

Die Angst vor der Wahrheit reizt die Regierung in eine Schredensherrschafft, die durch das Revolutionsgesetz mit seinen Buchstrafen gesichert werden soll. Kein Staat der Welt, der auf Ansehen und Autorität vor dem Auslande Anspruch erhebt, kann sich derartiges leisten.

Aus dem Volksbegehren ist somit von selbst ein Kampf um die Rechte des Volkes geworden. Die einzige Antwort auf den Regierungsterror ist die Einzeichnung für das Volksbegehren. Wir stellen uns schützend mit allen Rechtsmitteln vor Gefährdungsfreunde in Stadt und Land, denen demokratische Willkür bei der Ausübung ihrer Verfassungsmäßigen Rechte einen Strich ziehen will. Keine Regierung darf denen, die vom Staate abhängig sind, die Beteiligung am Volksbegehren verweigern, ebensowenig wie sie die Wahl von Abgeordneten verbieten kann. Das wäre das Ende der im Artikel 125 der Reichsverfassung garantierten Wahlfreiheit, der im Artikel 118 garantierten Meinungsfreiheit, der im Artikel 130 garantierten Freiheit der politischen Meinung aller Beamten.

Der sich einträgt, wagt seine Rechte! Das Volksbegehren ist Wahrzeichen und Denkmal derer, die Deutschlands Not erkennen und den Kampf gegen äußere und innere Nechtung ehrlich und tapfer aufnehmen. Der mit dem Volksbegehren eingeleitete Kampf wird durchgeföhrt bis zur Entscheidung!

Der Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren, gen. Seidte, Jugenbergs, Otto von Below, Dittler, Schiele, Schwedt.

**Die Eintragungen für das Volksbegehren in Großberlin.**

Berlin. (Funknach.) In die Listen für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ haben sich in Großberlin am 23. Oktober 11 132 Personen eingetragen. Die Gesamtzahl der bisherigen Eintragungen beträgt 132 252.

**Zurückweisung einer Beschwerde des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren.**

Berlin. (Funknach.) Am 19. Oktober hatte das Amtsgericht Berlin-Mitte ein Flugblatt des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren wegen Verleumdung der Reichsregierung und groben Unfugs beschlagnahmt. Die von dem Reichsausschuss gegen diese Beschlagnahme eingelegte Beschwerde ist von der Strafkammer des Landgerichts I zurückgewiesen worden.

**Senator Dr. Pant führt Beschwerde vor den Völkerverbundskommissaren.**

Rattowig. (Telun.) Bei der Zusammenkunft zwischen den Vertretern des Völkerverbundes und den Führern der deutschen Minderheit Oktoberfestens sprach nach dem Willen von Völkerverbund Dr. Pant, der u. a. ausführte, daß die lokale Einstellung der Deutschen leitend der politischen Bedenken nicht das geringste Verhältnis finde, sondern, daß zur Vermeidung des Deutschen offen aufgeföhrt werde. Der gegenwärtige Boykott habe öffentlich auf seine Erfolge in der Entscheidungsbereitschaft hingewiesen. Die Behörden bedienten sich sogar des Völkerverbundes, dessen Ehrenvorsitzender der Boykott sei. Sogar der Außenminister habe in Genf diesen Verband als ein menschenfreundliches Gogan bezeichnet. Durch die Anklage der obersten Völkerverbund würde auch die Einstellung der untergeordneten Beamten vorgeschrieben. Es könne allgemein gesagt werden, daß der Deutsche restlos der Willkür der Behörden ausgeliefert sei. Auch der deutschen Presse werde die Vertretung ihrer Interessen unmöglich gemacht. So sei u. a. der „Oberdeutsche Arbeiter“ oft beschlagnahmt worden unter anderem wegen eines Telegrammes an den Völkerverbund betreffend die Verhaftung von Ullig. Die deutsche Bevölkerung habe auch den Eindruck, daß die politische Justiz vorgekommen sei, insbesondere bei den Wesselsprossen.



















# Vermischtes.

**Folgenschweres Brandunglück.** In Gesele ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch ein schweres Brandunglück, bei dem ein Toter und ein Verletzter zu beklagen sind. Der Besatzmann eines im Haus für einen Wohnhauses untergebrachten Motorrades, das kurz vorher benutzt worden war, floh plötzlich in die Luft. Diele und Treppe gerieten sofort in Brand. Die bereits schlafenden Hausbewohner retteten sich über Leitern aus dem brennenden Hause. Nur eine Frau konnte sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen. Sie stürzte in der Aufregung die Treppe hinab und erlitt so schwere Brandwunden, daß sie im Krankenhaus verstarb. Ein Hausbewohner erlitt erhebliche Brandwunden. Das Feuer konnte von der Ortfeuerwehr schnell gelöscht werden.

**Hinsehen Straßburger Versteigerung angeklagt.** Zwischen der Straßburger Ortskrankenkasse und dem Versteigerer Schwebel seit einiger Zeit ein Konflikt, der zum Ausbruch eines Versteigerungsprozesses geführt hat. Der Konflikt hat sich in den letzten Tagen in sensationeller Weise ausgelebt. Die Straßburger Krankenkasse hat nämlich gegen 15 Versteigerer wegen Betruges eingereicht und die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet. Die Ortskrankenkasse teilt darüber mit: „Gegen 15 Versteigerer des Straßburger Versteigerungsamtes ist von der Krankenkasse bei der Staatsanwaltschaft Klage eingereicht worden, gegen eine weitere Anzahl Versteigerer ist die Untersuchung der Kasse noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß seit Ausbruch des Versteigerungsprozesses Honorarzahlungen über höhere Beträge ausgereicht wurden, als sie tatsächlich zahlen mußten und daß Quittungen über Konsultationen ausgestellt wurden, die in Wirklichkeit nicht stattgefunden haben. Zum Teil sind solche Quittungen sogar für spätere Daten als der Tag ihrer Ausstellung erfolgt.“ Die Krankenkasse bezieht sich also die betreffenden Versteigerer des Betruges und der Fälschung. Die Publikation der Namen der Beschuldigten wird Aufsehen erregen, zumal einige der in Betracht kommenden Versteigerer eine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben spielen.

**Tobtsuchtanfall im Gerichtssaal.** Der Kriegsbeschädigte Dolahauer, dem in einer Verhandlung des Militärverwaltungsgerichtes der Rentenanspruch abgelehnt war, erlitt nach der Urteilsverkündung einen Tobtsuchtanfall und schlug mit einem Eisenknäuel um sich. Der Gerichtsarzt Dr. Sehlmann wurde am Arm, der Vorsitzende Staatsminister A. D. Jentich am Kopf verletzt. Der Kriegsbeschädigtenvertreter wurde mit starblutenden Verletzungen aus dem Sitzungszimmer gebracht. Ehe die Polizei Dolahauer in Schutzhaft nehmen konnte, hatte er Tische und Stühle zertrümmert.

**Nächtliche Zigarrenschlacht.** In Charlottenburg entstand heute nacht zwischen den Angehörigen zweier Zigarrenhändler infolge von Eifersüchteleien eine große Schlägerei, bei der beide Seiten von Revolvern und Messern Gebrauch machten. Die Polizei konnte erst nach längerer Zeit die Kämpfenden trennen. Vier Männer, die durch Schüsse schwer verletzt wurden, wurden ins Krankenhaus gebracht. Ein Zigarrenhändler wurde durch Messerstiche verletzt, sie konnten aber nach Anlegung von Verbänden in ihrem Lager bleiben.

**Schwerer Straßenbahnunfall in New-Hork.** Nach einer Meldung Berliner Blätter aus New-Hork entsetzte am Mittwoch im Stadtteil Brooklyn ein

Strassenbahnwagen und stürzte in eine zwei Meter tiefe Ausbuchtung einer im Bau befindlichen Untergrundbahn. Die 25 Passagiere erlitten sämtlich schwere Verletzungen und konnten erst nach längerer Zeit aus ihrer Lage befreit werden.

**Schreckungslid in einer Schiefergrube.** In einer Schiefergrube bei Sell lösten sich bei Sprengarbeiten mehrere Steinblöcke zu früh. Ein in den 50er Jahren lebender Arbeiter wurde von einem abstürzenden Stein so schwer verletzt, daß ihm der Kopf fast gänzlich vom Rumpfe abgetrennt und die Schulter zerquetscht wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Weitere Seifenmassen trafen einen jüngeren Arbeiter, der außer Hautabstülpungen eine gefährliche Wunde am Hinterkopf davontrug. Er wurde bestimmungslos ins Krankenhaus eingeliefert.

# Gerihtssaal.

**1 Jahr 8 Monate Gefängnis für einen Betrugschwindler.** Am Mittwoch verurteilte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden den 24 Jahre alten Bauknecht Georg William von aus Dresden wegen Rückfallbetrugs in 4 Fällen und Unterschlagung an einer Gesamtschuld von 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust. — Der Angeklagte, der trotz seines verhältnismäßig jungen Alters bereits zweimal verurteilt war, beide Eben aber auch schon rechtskräftig gelassen sind, verlegte sich im Sommer 1928 auf Betrugsdelikte, die er auch mehrfach erfolgreich durchführte und damit seine Opfer um ganz erhebliche Beträge schädigte. So nahm er unter dem Cheversprechen einer Kellnerin 200 Mark, einer Kantoristin 1400 Mark, einer Stütze 40 Mark und einer Verkäuferin 700 Mark an barem Gelde ab. Anfang Juni 1928 machte er eine ihm überlassene Rubrikollektion im Werte von 133,25 Mark zu Gelde. Schließlich tauferte er, ohne dazu beauftragt zu sein, für eine seiner „Bräute“ von einem Reichsbankangehörigen 4 Mark ein, die er gleichfalls in eigenen Rubrik verwendete. — Von war hinsichtlich der meisten ihm zur Last gelegten Straftaten geständig. — Interessant waren die Ausführungen des als Sachverständigen vernommenen Obermedizinalrat Dr. med. Oppe, der sich über den Geisteszustand des Angeklagten äußerte. Von ist bereits acht Mal in der Sicht, Hell- und Pflanzentheil gewesen und wurde bei ihm zuletzt Jugendirresein festgestellt. Dr. Oppe, der den Angeklagten verschiedentlich untersucht hatte, stellte seine Diagnose zuerst auf Dystherie, kam aber später zu einem anderen Ergebnis auf Grund folgenden Vorganges. Von befand sich Ende vorigen Jahres in Ost und wurde von Dr. Oppe paritätisch untersucht. Bei keiner Rückkehr nach der Stelle sprang er plötzlich vor den Augen des Arztes in der Gefangenen-Anstalt 1 zu Dresden im 1. Stock über die Brühung und blieb ziemlich schwerverletzt auf dem Boden des Erdgeschosses liegen. Seine Stellung im Krankenhaus währte über drei Monate. Der Sachverständige ist durch diesen Vorgang und nach verschiedenen andere Ereignisse auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß Von an Jugendirresein leidet. Immerhin sei er aber für die unter Anklage stehenden Straftaten verantwortlich und nicht unzurechnungsfähig im Sinne des § 51 des StGB. Von sei als gemindert zurechnungsfähiger Mensch insoweit zu beurteilen. — Auf Grund dieses Gutachtens kam das Gericht unter Jubilation mildernder Umstände auf das oben erwähnte Urteil zu.



**wenn Sie**  
die Zustellung des November  
Tageblattes für November  
wünschen.  
Bezugspreis 2,25 RM.  
ohne Zustellgebühr.

# Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerschaft von Nieße und Umgegend gern gelesene Nießer Tageblatt zum Beginn nehmen jederzeit entgegen für

- Haberlen: A. Förster, Haberlen Nr. 07
- Glaubitz: Frau Bette Nr. 6
- Göllitz: E. Kühne, Nr. 57
- Gröba: A. Dandold, Streblauer Str. 17
- „ M. Deidenreich, Allee Nr. 4
- „ O. Riebel, Döbber Str. 2
- „ Frau Kulle, Ströher, 19
- Grödel: A. Witter, Grödel Nr. 1
- Jahnshausen-Böhlen: F. Steinberg, Pausch Nr. 2
- Kalbitz: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Langenberg: Otto Scherer, Bädermeister
- Leutewitz bei Nieße: Frau Schlegel, Leutewitz Nr. 17d
- Merzdorf: E. Schumann, Poppitz 13
- Merzdorf: D. Thiele, Gröba, Döbber Str. 19
- Noritz: A. Witter, Grödel Nr. 1
- Niedritz: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Niedritz: Marie Franke, Döbberstr. 6
- Oelitz: M. Schwarze, Nr. 41
- Pausch: M. Schwarze, Döbber Nr. 41
- Poppitz bei Nieße: E. Schumann, Nr. 13
- Prausitz: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Nieße: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an diese die Tageblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 59 (Telefon Nr. 20)
- Rebberau: M. Schöne, Grundstr. 16
- Saueritz: Frau Bette, Glaubitz Nr. 6
- Scherhausen: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Weiba (Nie): Fr. Lange, Lange Str. 115
- Weiba (New): F. Wöge, Lange Str. 24
- Zeitzsch-Dorf: E. Dandold, Zeitzsch, 18
- Zeitzsch-Lager: Richard Schmitz, Buchhändler

„Ich befürchte, daß die eigentliche Katastrophe noch kommt.“

„Gott behüte!“

„Wir müssen noch diese Nacht eine Wache für den Tresorraum haben. Der Bursche schreckt vor nichts zurück.“

„Zum Henker! Dort liegen allein 100.000 Dollars für die Filiale der Schiffahrtsgesellschaft in Valparaiso. Wir müssen Wache für die Bewachung kommandieren.“

„Mannschaft? Wem wollen Sie trauen? Wissen Sie, welchen Helfershelfer der Hallunke hat?“

„Was raten Sie?“

„Kapitän, es gibt nur drei Leute, auf die ich schwören möchte, Sie, Kapitän, der erste Steuermann und ich. Wir müssen die Wache übernehmen. Wir tragen auch die Hauptverantwortung.“

„Auch den Kaiser müssen wir scharf überwachen lassen.“

„Wir werden ihn zur Wache hinzuziehen.“

„Sind Sie des Teufels?“

„Ein Dieb als Wache? Zum mindesten ist die Idee neuartig, wenn ich auch den Hwed ...“

„Der Hwed liegt klar auf der Hand,“ sagte Youngs Stimme. „Wo können wir diesen Menschen, dem ich alles vertraue, besser unter Aufsicht haben, als in unserer Mitte? Ist er wirklich der, für den ich ihn halte, wird er sich andere Wache täuschen und überlisten, und wir sind schließlich doch die Dummen. Wer weiß, welche Teufel er ausführt, während wir den Tresor bewachen ...“

„Sie haben nicht ganz unrecht, Young,“ gab der Kapitän zurück. „Je mehr ich darüber nachdenke, um so mehr leuchtet mir der Vorschlag ein. Ist er wirklich der Schuldige, so kann er unter unserer Aufsicht wenigstens keinen neuen Gaunerstreich begehen. Und was es nur das, so wäre schon viel gewonnen ...“

„Aber wird er nicht erkannt sein?“ warf der Steuermann ein.

„Wenn er ein Gentleman ist, kann er es nur als Ehrung empfinden, wenn wir ihn hinzuziehen ...“

Drinnen entstand eine kleine Pause, und ich sah im Glase des Sullauges das Flackern eines Streichholzes. Irgebennein händerte sich wohl eine Zigarette an. Nun, ich hatte genug gehört und zog es vor, mich zu brühen, bevor mich jemand hier entdeckte. Wie peinlich wäre es für die drei gewesen, wenn sie bemerkt hätten, daß ich jedes Wort gehört haben mußte. Rein, die Armen hatten Sorgen genug, ich wollte ihnen neue Pein ersparen ...

„Ich zog mich schnell und eilig in meine Kabine zurück. Sorgfältig verschloß ich die Tür und stellte einen kleinen Kontakt ein.“

„Was für einen Kontakt?“

„Oh, fast nicht der Rede wert! Ich bin ein vorsichtiger Mensch. Ich liebe es nicht, wenn sich fremde Leute allwissend um meine kleinen Intimitäten kümmern. Und die Welt ist so unheimlich, daß ich immer zwischen Dingen, die mir nichts angehen. Ja, ich weiß ein Vieles davon zu sagen.“

„Aber ich wollte ja meinen Kontakt erklären.“

„Eben Sie, es ist doch leicht möglich, daß sich irgend jemand an meiner Tür zu schaffen machen könnte? Vielleicht ein neugieriger Steuermann, oder eine Dame, die sich für mich interessiert, oder ... nun ja, das menschliche Dichten und Trachten ist böse von Jugend auf, um mit den Worten des Paters zu reden ... es hätte ja auch einmal Dr. Young für mich Interesse haben. Ein kleines Kitzeln in der Tür oder das Schlüßelloch könnte seine Aufmerksamkeit wecken (ach, er hätte ja kein Interesse für mich

schon bewiesen), oder vielleicht öffnete er auch einmal, während ich über meinen kleinen, netten Zeichnungen sah, ganz unversehens die Tür, um zu sehen, ob ich wirklich so wenig schreckhaft sei, wie ich neulich abends im Salon erzählte.“

„Ich weiß ja, daß Mr. Young Scherze liebt. Aber ich liebe keine Scherze nicht, ich bin ein humorvoller Mensch, ich hasse keine Scherze dann, wenn sie sich allzu sehr mit meiner eigenen Person beschäftigen, und darum ...“

legte ich unter den Häufel vor der Kabinentür einige Drähte, unsichtbar.“

„Aber Sie sind so empfindlich, diese kleinen Drähte, sie lassen sich nicht auf die Hühneraugen treten, ohne vor Empörung ...“

„Ja, nun muß ich erst erzählen, daß Sie ein engelsschun- und Trugblinder mit meinem Wacker eingegangen sind. Einer Ihrer kleinen Drahtnerben läuft zu dem Wacker, und steht jemand draußen vor der Tür, so schimpft der Wacker los.“

„Das ist ganz unverständlich. Wacker haben nun einmal die Eigenschaft, stets zur unpassenden Zeit ihr Gerassel loszulassen, unpassend, diesmal allerdings nur für den flüchtigen Laufschere.“

„So, Mr. Young! Der Kontakt ist eingeschaltet. Den Wacker wird raffen, und Sie ... müssen sich nur ein wenig zusammennähmen. Ihre Fräulein nicht allzu laut herauszuschreien.“

„Ich öffnete meinen Koffer. Oben auf liegen meine Papiere. Ah, sie liegen genau so adrett da, wie ich sie hineingelegt habe. In derselben Reihenfolge. Dr. Young, Sie achten auf Kleinigkeiten, wie ich sehe. Die ersten Seiten meines Papiers hatte ich ein wenig zusammengeklebt. Ein kleines „Memento“ für Neugierige und ein größeres „Memento“ für mich.“

„Rein, nein, Young, Sie haben noch nicht ausgelesen. Sie sind noch ein Stümper ... und sehen Sie da ...“

„... das Geheimnis meines Zigarrenkassens haben Sie auch nicht entdeckt. Sie haben das Kästchen geöffnet und wieder geschlossen ... Zigarren ... Zigarren.“

„Sie müssen ganz anders arbeiten. Sonst bringen Sie es zu nichts, und ich wünsche Ihnen eine so glänzende Karriere!“

„Sie müssen die ganzen Zigarren abheben, Reihe um Reihe, bis zur letzten Reihe Zigarren ... und dann ... dann hat leider die Zigarrenherstellung ein Ende, und nun liegen dort die braunen Goldscheine, die Laufschere des Konjunkt. Einer auf dem anderen ... einer auf dem anderen ...“

„Ah, die braunen Scheine hätten Sie sicher sehr interessiert, Mr. Young, denn ein Kaiser hat meist nur seinen Hund und das allernützlichste Meingeld ...“

„Koch eine andere Ueberzeugung hätte ich für den Detektiv Young, wenn ich sprechen wollte. Aber ich bin distret ...“

„Sie sehen doch hier auf dem Tisch eine Palette liegen? Eine ungewöhnlich große Palette, gewiss, das gebe ich zu; aber hat nicht jeder Kaiser eine Palette, und wohnt er nicht die Größe nach Bedarf? ... Ich habe nun einmal einen großen Bedarf an Farden ...“

„Die Farbe ist ein bißchen dicht aufgefärbt? ... Es ist doch wirklich ein Skandal, wie verschwenderisch diese Kaiser mit allem umgehen. Ja, sicher wird Ihre Korrektheit so denken, mein lieber Young?“

„Aber weiter werden Sie beim Anblick der Palette nichts denken ... gewiß nicht. Und das wäre ein Fehler ... ein großer Fehler ... ein Fehler, den Sie gar

nicht mehr gutmachen könnten, denn, wissen Sie, was in dem kleinen Hügel von Kobaltblau dort auf der Palette liegt?“

„Sie wissen es nicht?“

„Ich will indistret sein, denn Ihre Ohren sind doch nicht gut genug, um meinen wisperrnden Mund verstehen zu können. Also ... dort liegen die Steine aus der Brillantgrube der Tamawa, aber deren Verlust Sie so untröstlich ist.“

„Und dort liegt sich ein langer Strich russisch-Grün hin. Wie eine dicke, geschmolzene Waage. Finden Sie nicht auch, daß russisch-Grün sich hübsch über Rubinne macht? Rubinne, die noch gestern im Golde saßen. In dem Gold des Zigarrenkassens der Mademoiselle Antoniewna.“

„Ah, es gibt so viele interessante Stellen auf der Palette. Dort ist ein kleines Miniaturgebilde aus Oder. Wie es glänzt ... Solchen Glanz haben manchmal die Berge im Kaukasus, wenn die Mittagssonne hinüberstrahlt.“

„Nur daß das Kästchen nicht solche Schätze birgt, wie mein kleines Miniaturgebilde. Oh, Sie brauchen keine tiefen Stellen zu legen, um zu dem wunderbaren Diamanten des Maschinenkönigs Dreyfus zu kommen. Ein Diamant, mit dem Sie die Schulden eines kleinen Fürstentums bezahlen könnten!“

„Und wissen Sie, was die schwarze Faust einer Wifung von Umber und Preußisch-Blau umkrallt hält? ... Steine, die aus der Hand des Prinzen von Wales kamen, als Mia Witt ... aber ich will nicht indistret sein.“

„Das ist eine eigene Geschichte, wie dieses Diebstahl in meinen Besitz kam. Eine ganz verzwickte Geschichte ...“

„rrrrrrrr ...“

„Ah, diese Wacker! Immer schnarren Sie zur unrichtigen Zeit! Ich höre einen Fluch aus ... (so laut, daß er auch draußen gehört werden kann) und eile, um den Wacker abzustellen.“

„Ach Young, Sie hätten vorsichtiger sein sollen ...“

„An dem leisen Hitzern, das noch immer durch den Wacker läuft, erkenne ich, daß der Laufschere noch immer da ist. Er hat sicher ein kleines Kitzeln gefunden, durch das er mich betrachten und nach Geheimnissen späht.“

„Aber meine Geheimnisse sind nicht so wohlfeil! Endlich klopfte es an der Tür.“

„Herein!“

„Sie gestatten, Mr. Svendrup?“

„Ah, welche Ehre, Mr. Young ...“ Ich sprang auf und reichte Young harmlos meine Hand.

„Young greift mit beiden Händen nach meiner Hand und sagte mit Honigstimme: „Ich lasse Ihre Hand nicht eher, bis Sie mir eine Bitte erfüllen, derenwegen ich komme ...“ Oh, was konnte dieser Komdbant für Taubenaugen machen!“

„Aber kann Ihrer Lebenswürdigkeit widerstehen, Mr. Young? Nicht einmal in der Bar konnte ich Ihnen widerstehen, als Sie meine Hände ergriffen ...“ sagte ich lachend, mit der harmlossten Miene von der Welt.

„Young verzog sein Gesicht ein wenig und ließ meine Hand los. Er tat sehr gerührt und schaute: „Aber, ich habe Ihre Verzeihung?“

„Sie hatten nie meinen Horn!“

„War ich nicht in einer vertauschten Lage? Wie hätten Sie gehandelt?“

„Ich hätte den Kaiser Agel Svendrup nie laufen lassen ...“

„Da ... ja ... und hätten den Detektiv Young dazu gezwungen ...“



# Neues vom Tage in Bild und Wort.



Oberer Reihe von links nach rechts.

**Die thüringische Regierung zurück treten.**  
Der leitende Staatsminister der thüringischen Landesregierung Dr. Paulsen (im Bilde) hat den Rücktritt der Regierung bekanntgegeben.

**Ein französisches Kabinett Lardieu?**  
Nach dem Sturz des Kabinetts Briand dürfte Lardieu (im Bilde), der bereits mehrfach Ministerposten bekleidet hat, die weisse Aussicht haben, mit der Bildung der neuen französischen Regierung beauftragt zu werden.

**Krisenfahrt in Dettland.**  
Die deutsche Fraktion des Dettländischen Landtags hat angefaßt des bevorstehenden Gesetzes über die Güterverteilung an die Landeswehrleute den deutschen Minister im Koalitionskabinet, Justizminister Berent (im Bilde), abberufen.

**Attentat auf den chilenischen Präsidenten.**  
Auf den Präsidenten der chilenischen Republik, General Ibáñez, wurden von einem 18jährigen Anarchisten drei Revolverkugeln abgefeuert, die jedoch sämtlich ihr Ziel verfehlten. Der Attentäter wurde festgenommen.



**Wechsel des italienischen Botschafters in Berlin.**  
Italiens Botschafter in Berlin, Graf Aldobrandi-Marescotti (links), wird demnächst abberufen werden. Er wird voraussichtlich durch den Botschafter in Moskau, Cerruti (rechts) ersetzt werden.

**Aus der Wirtschaft.**  
**England bei Hirsch-Kupfer.**

Der britische Chemiker, die Imperial Chemical Industries, deren Führer Lord Melchett (im Bilde) von jeher eine kräftige Expansionspolitik getrieben hat, hat 25 Prozent des Aktienkapitals der Firma Aron Hirsch und Sohn erworben. Da diese Firma die Majorität der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G. besitzt, hat Lord Melchett — vor der Verleihung der Pairswürde Sir Alfred Mond — in einem der rentabelsten deutschen Metallkongerue Fuß gefaßt.

Rechts.

**Böcher — Sportlehrer in China.**

Herbert Böcher, einer der Teilnehmer an der Japanfahrt der deutschen Leichtathletiklänndermannschaft, wird vorläufig nicht in die Heimat zurückkehren. Er wurde von der Universität Moskau, wo die Mannschaft zur Teilnahme an einem Sportfest Station gemacht hatte, auf die Dauer von zwei Jahren als Sportlehrer verpflichtet und ist gleich dort geblieben.

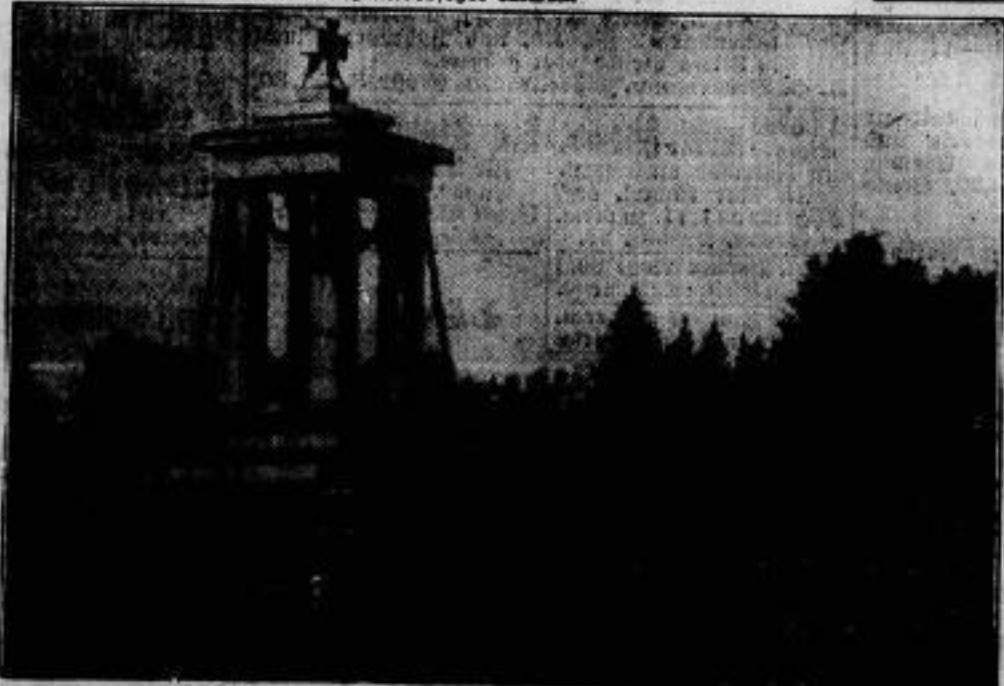


**Spanlands gefährlicher Raketenflug.**

Der bekannte Segelflieger Epenlaub ist am 2. Oktober auf dem Flugplatz Söbhausen bei Düsseldorf mit einem Raketenflugzeug gestartet. Der Feuerstrahl der ersten entzündeten Rakete erlosch das Seitensteuer, das trotz seines Abstellschubes in Brand geriet. Der Pilot ging sofort nieder und konnte unverletzt landen.



Mit dem diesjährigen Kleist-Preis ausgezeichnet wurden Alfred Bruck (links) für den Roman „Die verlorene Erde“ und Eduard Reinacher (rechts) für die dramatische Ballade „Gauerngorn“.



**Ein Gefallenendenkmal in Salzburg.**  
wurde in Anwesenheit von Vertretern des Reichs und deutscher Verbände in der Tschechoslowakei, Ungarn und Italien durch den österreichischen Bundespräsidenten Miklas eingeweiht.



**„Do. X“ mit seiner Rekordflot.**  
den 100 Personen, die an dem Rekordfluge des Tiefenflugzeuges teilnahmen.



# Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

## Sportverein Hübner.

Hübner schlägt im Verbandspiel die Geringwalder 2:1 (Halbzeit 0:0).

Die Hüb. waren gewonnen, mit mehrfacher Erleichterung, auch Geringwalde hatte einen Erlasemann in ihren Reihen. Welche Vereine waren sich aber die Schwere des Spieles bewußt und hielten keinen Punkt mehr abgeben, um nicht als Nichterfolger verurteilt zu werden. Die Hüb. waren die Glücklichen und ließen nach wechselreichem Spiel knapp, aber verdient 2:1.

### Zum Spielverlauf:

Geringwalde hat Vorkampf und entscheidet sich für den leichten Rückenwind. 20 Min. lang hat Geringwalde leichten Vorkampf, aber das entausgesetzte Schiedsrecht verhindert jeden Erfolg und hält oft die gefährlichen Angriffe mit großer Sicherheit. Nun hat sich auch Hüb. gefunden und der vorsichtige Geringwalder Torwächter zittert oft in ängstlicher Gefahr, oft mit viel Glück. Aber das Hüb. Innenrio kommt auch selten richtig zum Schuß, oft sogar freistehend vor dem Geringwalder Tor. Geringwalde ist auf der Hut und verliert mit einzelnen Durchwürfen die Hüb. Dintermannschaft zu überempfinden, die Halbzeit bleibt es bei gleichverteiltem Spiel 0:0.

Von Beginn der 2. Halbzeit drückt Hüb. mächtig auf Tempo, Geringwalde zeigt Verärgerung zurück, jedoch ein schneller Durchbruch des Geringwalder Linksaußen bringt den Geringwalder den ersten Treffer, hier vermutete der sonst gute Hüb. Torwächter, der weite scharfe Linksfuß ging an seinem Defizitum vorbei, der Ball streifte aber doch noch den Pfosten und von da prallte der Ball ins Tor.

Geringwalde führt in der 74. Min. 1:0.

Das war doch den Hüb. zu viel des Guten. Hüb. nimmt seinen rechten Verteidiger im Sturm, selber bringt auch Leben in den Sturm, bis es endlich dem routinierten Fäule gelingt, den Ausgleich im Anschluß an einen Eckball durch Kopfball in der 82. Min. zu erzielen. Der Kampf moet weiter, Geringwalde hat alle 11 Spieler im Strafraum, den Hüb. will nichts mehr gelingen. Es fehlen noch 3 Min. Spielzeit, alles glaubt an Punktteilung, aber der Linksaußen Better II jagt unter großem Beifall den Siegestreffer in die Maschen. Das Spiel ist entschieden. Noch einmal wird Hüb. gefährlich, aber der gute Geringwalder Torwächter wehrt zur Ede ab. Dann erlöset der Abpfiff des fairen Spieles.

### Kritik:

Von Geringwalde waren das Schiedsrecht, sowie Mittelfeld die besten. Ganz besonders ist der Geringwalder Torwächter zu erwähnen, der seinen Verein bestimmt vor einer höheren Niederlage bewahrte. — Bei den Hüb. fiel das sehr laute Spiel auf und die Mannschaft brachte die erste Halbzeit kein System zustande. Nur Janz, Fäule, Beger und Grille waren fehlerfrei. Auch Better II arbeitete sehr gut. Urbanik leitete immer noch an seiner Verletzung. — Schiri Leibert, Richter, hatte bei der anständigen Spielweise beider Mannschaften leichtes amtierend und leitete das Spiel einwandfrei.

Die 2. Elf wartete sehnsüchtig auf seinen Ortsnachbar Rühnrich, welche sich es aber vorzogen, bei dieser Reanmittierung die Hüb. im Stich zu lassen, jedoch Hüb. kampflustig zu 2 weiteren Punkten kam und hinter Richter den 2. Tabellenplatz einnimmt.

Die Hübener Jugend mußte sich der HSV-Jugend mit 5:0 geschlagen beugen.

Die Jungfrauen des Vereins machten es der 1. Elf nach und schieden mit einem 2:1-Sieg von den Großenhainer Sportclub-Knaben zurück. Die Hüb. Jungfrauen waren allerdings nur 9 Spieler, trotzdem langte es zum Siege. Bravo, ihr Jungen.

## Warum kommt das Deutsche Turnfest 1933 nicht nach Dresden?

Durch die Tagespresse ging vor dem deutschen Turntag die Mitteilung, daß Dresden die Bewerbung für ein deutsches Turnfest 1933 zur Erlangung des Hauptauschusses zurückgezogen hatte. Was war nun für diesen Schritt ausschlaggebend?

Satzungsgemäß steht dem Hauptauschuss der deutschen Turnerschaft das Recht zu, über den Ort des nächsten deutschen Turnfestes zu beschließen, und nicht, wie vielfach angenommen wird, dem Deutschen Turntag. Der Hauptauschuss verhandelte am Mittwoch, den 2. Oktober 1929, von 19 Uhr an über diese wichtige Frage. Zuerst erstattete der Oberturnwart der D. T. Stebing an der Hand der eingereichten Pläne Bericht darüber, wie die drei Bewerber Breslau, Dresden und Stuttgart die Festplatzfrage zu lösen gedächten. Er stellte ausdrücklich fest, daß auf Grund der eingereichten Pläne jede Stadt das Deutsche Turnfest zu übernehmen in der Lage sei, wenn von Seiten der betreffenden Stadtverwaltung der Plan auch ausgeführt würde. Im mehren teil ihm der von Stuttgart eingereichte Plan. Er stellte aber fest, daß sowohl bei Dresden als auch bei Dresden Änderungen leicht möglich seien und dadurch die Wünsche des Turnauschusses voll befriedigt werden könnten. Bezüglich der Gestaltung der Festtage giefiel ihm am besten der von Breslau eingereichte Entwurf. Er fügte aber hinzu, daß bei den beiden anderen Städten Mängel, die er läßt, sicher behoben werden könnten. In bezug auf Verkehr und Unterbringung seien alle drei Städte in der Lage, den Anforderungen zu genügen.

Als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses verlas Kassenswart Schill die eingegangenen finanziellen Zusagen der betreffenden Stadtverwaltungen. Auch stellte er fest, daß auf Grund der gemachten Zusagen alle drei Bewerber gleichwertig seien.

In der folgenden langen Aussprache trat zuerst Stadtschulrat Dr. Kauterbach (Breslau), der Kreisvertreter des Turnkreises Schlefien, für Breslau ein. Er wies vor allem auf die wirtschaftliche und politische Lage des Schlesiens hin und betonte, daß seit 1894 kein deutsches Turnfest rechts der Elbe stattgefunden habe. Ihn unterstützte in eindrucksvoller Weise das Ehrenmitglied des Hauptauschusses, Geheimrat Prof. Dr. Bartich (Breslau). Als Vertreter der Schwaben sprach zuerst Ehrenkreisvertreter Dr. Rachenmaier, Ehrenmitglied des Hauptauschusses. Ihm schloß sich an der Kreisvertreter des schwäbischen Turnkreises, Schulrat Degele.

## An unsere Postbezieher!

In diesen Tagen

siehen die Postkassanten die Bezugshelber für Lieferung des „Nieler Tageblattes“ im nächsten Monat ein.

Wir bitten um pünktliche Bezahlung besonders zu achten, da nach dem 28. d. M. vom Postamt eine Sondergebühr für Verspätung erhoben wird und außerdem mit einer Unterbrechung der „Tageblatt“-Lieferung beim Monatswechsel zu rechnen ist.

Kreisverhältnisse, auf besonderen Wunsch des Hauptauschusses, wurde im Laufe der Aussprache auch einem Dresdner Vertreter als Gast des Hauptauschusses das Wort zu einer kurzen Begründung für Dresden als Festort gestattet.

Von den anwesenden Hauptauschussmitgliedern trat der eine Teil für Dresden, der andere Teil für Stuttgart in wärmster Weise ein. Für Dresden sprach niemand, während für die anderen beiden Städte angegebene und einflussreiche Mitglieder des Hauptauschusses sich einsetzten. Bezeichnenderweise wurde Dresden nicht gelobt, aber auch nicht angegriffen. Es handelte sich in diesem Wettbewerbe nur um Ost und West, um Breslau oder Stuttgart.

Vor der Abstimmung wurde beantragt, daß zuerst über Dresden abgestimmt werden sollte, da es nicht in Frage läme, und damit man nur über zwei Festorte abzustimmen habe. Um die Abstimmung zu erleichtern, versicherte der Dresdner Vertreter auf die Abstimmung über Dresden. Das tat er vor allem, um für Dresden und auch für den Turnkreis Schwaben zu vermelden, daß Dresden nur die Stimmen seiner beiden Vertreter im Hauptauschuss — und vielleicht noch die eines anderen Kreisvertreters erhalten hätte. Es muß festgestellt werden, daß irgendwelche Voreingenommenheit gegen Dresden nicht vorhanden hat. Für diejenigen Mitglieder des Hauptauschusses, die Stuttgart wählten, ist sicher mit bestimmtem Gemefen, daß diese Stadt schon für das im Jahre 1918 vorgesehene Deutsche Turnfest gewählt worden war. Man wollte das damals gegebene Versprechen nunmehr einlösen. Auch kann ein Grund mit in der Erklärung der Schwaben gefunden werden, daß Stuttgart den Walen sicher nicht als große Sportanlage ausbauen und darum nie ein deutsches Turnfest übernehmen könne, wenn es nicht jetzt dieses Fest erhalte. Infolgedessen erhielt auch Breslau, obgleich dessen finanzielles Angebot das höchste war und obgleich dort ein guter Teil der für ein deutsches Turnfest nötigen Anlagen schon heute benutzbar vorhanden ist, nur den dritten Teil der abgegebenen Stimmen.

Daß Dresden nicht gewählt worden ist, daß es bei der Wahl keine Mitsprache im Hauptauschuss gefunden hat und den anderen beiden Städten gegenüber abgefallen ist, so daß schließlich der Verzicht auf die Abstimmung der einseitig mäßliche Abschluß aller Arbeit wurde, ist eine bittere Enttäuschung für alle, die mit großer Liebe und Aufopferung die schwierigen Vorarbeiten geleistet haben. Die von Dresdner Turnern entworfenen Pläne für die Durchführung des Festes, seine finanzielle Sicherung durch die Stadtverwaltung, die Unterbringung der Festbesucher, die Verkehrsverhältnisse und von den maßgebenden Stellen als gleichwertig mit Stuttgart und Breslau beurteilt worden, das ist die Hauptsache. Auf andere Dinge, die die Entscheidung ausschlaggebend beeinflussten, konnten wir Dresdner nicht einwirken. Daß die beiden anderen Städte je ein hochangesehenes Ehrenmitglied der D. T. ins Feld führen konnten, war für sie ein besonderes Glück; daß die Kreisvertreter von Schlefien und Schwaben ihre Hauptstädte energisch vertreten, war natürlich sehr verlungsvoll; daß die beiden schließlichen Kreisvertreter im Hauptauschuss überhaupt nicht das Wort nahmen, beweist ganz klar, daß sie als Kenner der Sachlage auch diese geringe Nähe als ungewollt und sinnlos ansahen. Als der Dresdner Vertreter das Wort erbat, um wenigstens Dresden noch einmal in die Aussprache zu werfen, hatte nur der Zweck, nicht kamplos das Feld zu räumen.

Für den Turngau Mittelschle-Dresden, für die Stadtverwaltung mit Oberbürgermeister Dr. Bühler an der Spitze, wohl auch für den ganzen Turnkreis Schwaben ist die Entscheidung des Hauptauschusses äußerst schmerzhaft. Dresden hatte von einem Deutschen Turnfest 1933 allerhand erhofft.

Dresdens Turner gehen 1933 nach Stuttgart. Sie hoffen dort ein schönes deutsches Turnfest zu erleben, das sich würdig den bisherigen Festen anreicht, das vergessen läßt, daß auch Dresdens Turner den kühnen Traum geträumt haben, dieses Fest zu gestalten.

Darum: Blick auf zum Deutschen Turnfest in Stuttgart 1933.

## Amtliches.

### Auslegung der Wahllisten für die Wahlen zur Industrie- und Handelskammer Dresden.

Am 28. November ds. Jg. sollen auf Grund des neuen Kammergesetzes die Wahlen zu unserer Kammer stattfinden. Nach der von uns aufgestellten Wahlordnung werden für die Wahlen 3 Wahlgruppen gebildet, und zwar:

1. für Industrie und Bergbau einschl. der verwandten Gewerbe,
  2. für den Großhandel einschl. des Bank- und Bankiergewerbes, des Versicherungsgewerbes, der Verkehrsgewerbe und der sonstigen Hilsgewerbe des Handels (Handelsvertreter, Makler, Kommissionäre, Bäckereifabrikanten, Ingenieurbüros, Kunststoffe usw.),
  3. für den Einzelhandel und das Gastwirtsgerwerbe.
- Für die Wahlgruppen Industrie und Bergbau sowie Einzelhandel und Gastwirtsgerwerbe wird der Kammerbezirk in folgende Wahlkreise aufgeteilt:
1. die Stadt und die Amtshauptmannschaft Dresden,
  2. die Amtshauptmannschaften des südlichen Gebirgslandes: Witten, Dippoldiswalde und Freiberg mit Sayda,
  3. die Amtshauptmannschaften des nördlichen Flachlandes: Reichen, Großenhain und Oßach.
- Für die Wahlgruppe Großhandel bildet der gesamte Kammerbezirk einen einzigen Wahlkreis. Die Wahlkreise sind in die nachstehend verzeichneten Stimmbezirke eingeteilt worden.

Zur Teilnahme an den Wahlen werden nur die in den Wahllisten aufgeführten Wahlberechtigten zugelassen.

Die Auslegung der für jeden Stimmbezirk und für jede Wahlgruppe aufgestellten Wahllisten erfolgt in der Zeit

von Montag, den 28. Oktober bis Sonnabend, den 9. November d. J. bei den nachstehend verzeichneten Auslegestellen. Die Einsichtnahme in die Listen kann werktäglich während der bei diesen Stellen üblichen, unten näher angegebenen Dienststunden erfolgen.

welchem Stimmbezirk er wählen will; anderenfalls nimmt die Kammer die Zuteilung nach eigenem Ermessen vor.

Dresden, am 23. Oktober 1929. Die Industrie- und Handelskammer.

### Auslegestellen im 3. Wahlkreis.

23. Stimmbezirk Meißen (Amtsgerichtsbezirk Meissen ohne Weinböden): Rathaus Meissen, Einwohnermeldeamt, Burgstraße; 7,30—13 und 15—18 Uhr.
24. Stimmbezirk Kommatzsch (Amtsgerichtsbezirk Kommatzsch): Rathaus Kommatzsch, Zimmer 4; 7,30—12 und 13,30—17,30, Sonnabends 7,30—13 Uhr.
25. Stimmbezirk Roffen (Amtsgerichtsbezirk Roffen): Rathaus Roffen, Zimmer 17; 8—12,30 Uhr.
26. Stimmbezirk Wildbrunn (Amtsgerichtsbezirk Wildbrunn): Rathaus Wildbrunn, Zimmer 8; 8—13 und 14,30—17 Uhr, Sonnabends 8—13 Uhr.
27. Stimmbezirk Coswig (Amtsgerichtsbezirk Röhlschendroba, soweit zur Amtshauptmannschaft Meissen gehörig und Gemeinde Weinböden): Rathaus Coswig, Zimmer 2; 8—12 und 13,30—14,30, Sonnabends 8—13 Uhr.
28. Stimmbezirk Großenhain (Amtsgerichtsbezirk Großenhain): Rathaus Großenhain, Bahnhofsamt; 9—12 Uhr.
29. Stimmbezirk Rabenburg (Amtsgerichtsbezirk Rabenburg): Rathaus Rabenburg, Zimmer 8; 8—12 und 14—16, Sonnabends 8—12 Uhr.
30. Stimmbezirk Riesa (Amtsgerichtsbezirk Riesa): a) Riesa, Rathaus, Zimmer 14; 8—12 und 14—18, Sonnabends 8—12 Uhr. b) Strebla, Rathaus, Zimmer 9; 8—12 und 14—16, Sonnabends 8—14 Uhr.
31. Stimmbezirk Oßach (Amtsgerichtsbezirk Oßach): Rathaus Oßach, Polizeiamt (Zimmer 7); 7,30—12,30 Uhr.
32. Stimmbezirk Mägeln (Amtsgerichtsbezirk Mägeln): Rathaus Mägeln, Rathhausamt; 8—12 Uhr.

## Barkredite an Beamte und Angestellte

provisions- und vorpostenfrei in 12 Monatsraten rückzahlbar. J. Th. Reissig, Bank-Kommission Reibitz C. 1, Petersstraße 15.

## Junge Mädchen Filialleiter

die sich matt und elend fühlen, keinen Appetit haben an Blutarmut und Bleichsucht leiden, nervenschwach sind, nichts nicht schlafen können, sollen dem Rat des erfahrenen Arztes folgen und Doppelherb, das von der Wissenschaft anerkanntes Konzentrationmittel nehmen. Eine Probepackung zu 2,20 u. 4,00 Mk. kann man kaufen in der Niederlage: Central-Drogerie O. Förster.

## Wohnungstausch!

Vordb. in Dresden-Meist 2-3 St., Kü., Bad und Zubehör, Miete M. 510.-; in Radebeul. Hellerau bei Dresden 3 St., Kü. und reichl. Zubehör, Miete M. 480.-; in Berlin-Charlottenburg 2 St., Kü. und Zubehör; gesucht in Riesa gleiche oder größere.

J. G. Overmann, Möbeltransp., Elbstr. 8, Tel. 80.

## 2 schöne möbl. Zimmer

mit Korridor an besseren Herrn oder kinderl. best. Ehepaar ab 1.11. zu verm. Gröda, Kirchstr. 22.

## Möbl. Zimmer (Nähe Hb.)

frei. Zu verm. im Tabl. Riesa.

## Beeres Zimmer zu verm.

Zu verm. im Tabl. Riesa.

## Große Arbeits- u. Lagerräume

sofort zu vermieten. Offerten unter K 2461 an das Tageblatt Riesa.

## Jg. Frau sucht Anwartschaft

Offerten unter K 2462 an das Tageblatt Riesa.

## Neuanschneiderin

sucht Handlshaft. Offerten unter J 2453 an das Tageblatt Riesa.

## Grob. kräft. 23jähr. Mensch

sucht in Landwirtschaft oder andern. sofort einzutreten. Zu verm. im Tabl. Riesa.

## Ein Klavierspieler

für Tanzmusik frei. Engag.-Angebote an Ernst Bergmann, Riesa Petersstraße 6.

## Eine kleine Anzeige

ist besser als keine Anzeige?

## Zur Hochzeit

allen Dingen u. Gelegenheiten festlich. Reben, Schokolade, Obst usw. schnellstens an. Preis-Vertrag. Radebeul. Baden-Badenstr.

## Gebr. Paletot

Cutaway und Weste verkauft billig. Fritz Schmidt, Rundell 2 b.

## Schreibmaschine

zu kaufen gesucht. Offerten unter K 2458 an das Tageblatt Riesa.

## Entwick. jung. Biege

und 8 Str. Den zu verkaufen. Baustr. 14a.

## Schmerz laß nach.

Gebill. des Nichtig. Heilke. Wirkungen von Nöhnerangen.

## Nöhnerangen

Hornhaut u. Warzen. Bequemste Anwendung. Rein Wasser. Rein Wasser. Tube 50 A. Zu haben bei: Schiller-Str. 14a.

## Schmerz laß nach.

Gebill. des Nichtig. Heilke. Wirkungen von Nöhnerangen.

## Nöhnerangen

Hornhaut u. Warzen. Bequemste Anwendung. Rein Wasser. Rein Wasser. Tube 50 A. Zu haben bei: Schiller-Str. 14a.

## Schmerz laß nach.

Gebill. des Nichtig. Heilke. Wirkungen von Nöhnerangen.

## Nöhnerangen

Hornhaut u. Warzen. Bequemste Anwendung. Rein Wasser. Rein Wasser. Tube 50 A. Zu haben bei: Schiller-Str. 14a.

## Schmerz laß nach.

Gebill. des Nichtig. Heilke. Wirkungen von Nöhnerangen.